VR Albanien: "Die europäische Unsicherheitskonferenz"

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 9. August 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

In Arbeiterfamilien wird das Geld immer knapper

DGB-Chef Vetter ist gegen Lohnerhöhungen

„Ein Absinken der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl unter 1 Million Erwerbslose ist jetzt nicht mehr möglich." So der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl. Tatsächlich wird die Zahl der Arbeitslosen nach Angaben von anderen bürgerlichen Experten ihren Höhepunkt erst zum Jahresbeginn 1976 erreichen. Von 1,5 Millionen Arbeitslosen wird für diese Zeit gesprochen. Allein die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter soll in diesem Winter mit 400 000 doppelt so hoch werden wie im letzten Jahr.

Für die Bundesregierung und die Kapitalisten sind das nüchterne Zahlen, Kostenfaktoren für die Bundesanstalt für Arbeit, Kostenfaktoren für die Sozialämter und eingesparte Lohnkosten für die Kapitalisten. Für Hunderte und Tausende von Familien aber bedeuten diese Zahlen: Es ist aus mit der Hoffnung, nach monatelangem, zermürbendem Suchen nach Arbeit doch endlich einmal Glück zu haben. Denn wo sollen sie Arbeit finden, wenn die Zahl der Arbeitslosen noch um die Hälfte zunimmt? Für Tausende aber wird es noch schlimmer werden; für diejenigen, die jetzt bereits 6 oder 7 Monate arbeitslos sind. Für den Großteil von ihnen wird im Verlauf des nächsten Winters das Jahr herum sein, in dem der Staat ihnen Arbeitslosenunterstützung zahlt, sie werden – wie jetzt schon über 100 000 Menschen – von der Fürsorge leben müssen. Und für weitere Hunderttausend wird es erneut oder zum ersten Mal heißen: Arbeitslos, stempeln gehen, oder, wenn sie zu den ausländischen Kollegen in unserem Land gehören: Keine Arbeit mehr; keine Aufenthaltsgenehmigung mehr; Abschiebung.

Es ist nicht ganz zufällig, wenn man gerade jetzt in der Presse überall die Zahlen über das drohende Ansteigen der Arbeitslosigkeit liest. Kapitalisten, DGB-Apparat und Regierung denken an die bevorstehenden Tarifrunden und machen erneut Stimmung für einen „Lohnverzicht" der Arbeiter. Die Kapitalisten sprechen von „Lohnpause", Vetter vom DGB-Vorstand empfahl in einem Interview mit dem „Spiegel", „ . . . unter den genannten Bedingungen auf Reallohnsteigerungen vorübergehend zu verzichten."

Die DGB-Gewerkschaften haben bereits in den Betrieben und in der Öffentlichkeit nach dem Motto Motto, „gemeinsam" die „Volkswirtschaft aus der Flaute herauszureißen", mit einer massiven Propaganda begonnen, um von Anfang an zu verhindern, daß in den Betrieben auch nur einigermaßen realistische Lohnforderungen gestellt werden. Wie schon 1974 vertrösten sie auch jetzt die Arbeiter auf die nächste Lohnrunde, bei der man ja dann wiederum „gemeinsam" den Rahm der gegenwärtigen Anstrengungen abschöpfen könne.

Was ist von dieser Propaganda zu halten?

Die erste Lüge der Kapitalisten und der DGB-Gewerkschaften ist bereits der angebliche „Hoffnungsschimmer" im Frühjahr. Die Kapitalisten verweisen in ihren sogenannten Analysen der gegenwärtigen Krise darauf, daß der Unterschied zwischen der Krise 1966/67 und heute darin bestehe, daß die Exportzahlen rapide abnehmen. Das ist zweifellos richtig. Falsch ist es aber, daß sich bei einem Blick auf die USA, wie es zum Beispiel Vetter tut, irgendeine berechtigte Hoffnung für die Kapitalisten auf eine Besserung des Exports gewinnen ließe. Nach Angaben aus den USA selber wird der Export in den nächsten Monaten sogar um weitere 10% sinken. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen handelt es sich im übrigen in den USA nicht um eine vorübergehende, sondern um eine tiefe wirtschaftliche Krise, die sich ständig weiter verschärft. Bereits seit 1973 sinkt die industrielle Gesamtproduktion in den USA ständig. Seit dieser Zeit steigt genauso kontinuierlich die Zahl der amerikanischen Arbeitslosen. Waren es vor drei, vier Jahren noch 6 Millionen ohne Arbeit, so sind es heute bereits 8 Millionen. Ähnlich sieht es in allen anderen westlichen und östlichen kapitalistischen Ländern aus. Die westdeutschen Kapitalisten wollen es vertuschen, aber die Tatsachen beweisen es:

Fortsetzung auf Seite 3

DIE MAUER MUSS WEG!



Am 13. August 1961 errichtete die revisionistische DDR-Führung die Mauer, die heute das sozialfaschistische DDR-Regime wie ein Gefängnis umgibt. (Siehe Seite 2)

Aufruf des ZK der KPD/ML zum Roten Antikriegstag 1975

Kolleginnen, Kollegen, Werktätige in Stadt und Land,
Jugendliche in Betrieb, Schule und Armee!

Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft Euch auf, am 1. September, dem Roten Antikriegstag, gegen den imperialistischen Krieg, vor allem gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte zu demonstrieren

Am 1. September 1939 überfiel der deutsche Imperialismus Polen. Der Hitlerfaschismus, hinter dem niemand anderes als die Krupp, Thyssen usw., also das deutsche Monopolkapital standen, stürzte die Welt in den 2. Weltkrieg: Über 30 Millionen Tote, 90 Millionen Verwundete, Trümmer, Hunger, Elend – unsägliches Leid brachte der Kampf des deutschen Imperialismus um die Weltherrschaft über die Völker. Dabei sprach Hitler vor 1939 ständig von Frieden. Noch auf der Konferenz in München erklärte er 1938 scheinheilig, der deutsche Imperialismus habe keine territorialen Ansprüche mehr und den letzten Parteitag der NSDAP vor Kriegsbeginn ließ er unter das Motto „Parteitag des Friedens" stellen.

Und heute? – Auch heute werden Euch von den Imperialisten wieder Frieden, Entspannung und Abrüstung versprochen. Und wer rührt die Trommel der Friedensdemagogie am lautesten? – Natürlich die Herren Breschnew und Ford. **Ausgerechnet der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus, die heute als Hauptkriegstreiber in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten sind, schüren die Friedensillusionen.** Aber diese beiden größten imperialistischen Räuber haben hinreichend Beispiele ihrer „Friedenspolitik" geliefert. Nehmen wir nur den verbrecherischen Krieg des US-Imperialismus gegen die Völker Indochinas oder den Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die CSSR.

Die Welt von heute ist nicht friedlich. „Imperialismus heißt Krieg" – diese alte Erfahrung der Arbeiterbewegung bewahrheitet sich aufs Neue. Jetzt sind es der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus, die auf der ganzen Welt um Vorherrschaft, um das imperialistische „Recht", die Völker auszuplündern und zu versklaven, kämpfen. Von diesem Ringen der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft geht gegenwärtig die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus. Während sie von Abrüstung reden, rüsten sie in Wirklichkeit wie wild auf. Die russischen Sozialimperialisten massieren ihre Truppen entlang der Grenzen Westeuropas. Der US-Imperialismus hat seine Truppen in Westeuropa ebenfalls verstärkt. Nur der gemeinsame Kampf der Völker und der internationalen Arbeiterklasse gegen die beiden Supermächte kann verhindern, daß der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus einen neuen Weltkrieg vom Zaun brechen, von dem unser Volk besonders schwer betroffen wäre. Denn auf dem Boden unseres Vaterlandes stehen die Truppen der beiden Supermächte sich waffenstarrend gegenüber. Die DDR steht unter dem Militärstiefel der Neuen Zaren im Kreml, Westdeutschland ist von US-Truppen besetzt. Auf deutschem Boden stehen die Truppen beider Supermächte bereit, auf Befehl loszuschlagen

Im Einklang mit Moskau und Washington verkündet die Bundesregierung uns eine neue Phase der Entspannung. **Aber auch der westdeutsche Imperialismus hat in Wirklichkeit seine aggressiven Ziele keineswegs aufgegeben.** Nur ist er gegenwärtig nicht in der Lage, selbstständig einen imperialistischen Krieg zur Verwirklichung dieser Ziele vom Zaun zu brechen. Wenn von ihm auch nicht die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Krieg ausgeht, bedeutet das nicht, daß er sein aggressives Wesen verloren hat, daß wir ihm gegenüber nicht äußerst wachsam zu sein brauchen.

Das zeigen auch die Terrorurteile, die die bürgerliche Klassenjustiz gegen die Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972 verhängt hat. Die Genossen Peter Bayer, Hubert Lehmann, Bernd Reisser und Georg Schmidt wurden bereits ins Gefängnis geworfen, weil sie gegen den imperialistischen Krieg kämpften. Genosse Heinz Baron muß jeden Tag mit seiner Verhaftung rechnen. Der Rotgardist Sascha Haschemi wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und soll, obwohl in Deutschland geboren und aufgewachsen, an das faschistische Schahregime in den Iran abgeschoben werden. Dieser Terror gegen die Kämpfer des Roten Antikriegstages zeigt, wie sehr die Imperialisten die revolutionäre Bewegung gegen den imperialistischen Krieg fürchten.

In dieser Situation der sich verschärfenden Kriegsgefahr soll das Volk mit pazifistischen Losungen eingelullt werden. Vor allem die modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW, die den russischen Sozialimperialismus als „friedliebend" und „sozialistisch" hinstellen, versuchen besonders der Jugend einzureden, der radikalste Kampf gegen den Krieg bestünde darin, ein Apostel der Gewaltlosigkeit zu werden. In Wirklichkeit sollt Ihr so entwaffnet und wehrlos gemacht werden. **Aufgrund pazifistischer Losungen legen die imperialistischen Kriegstreiber die Waffen nicht aus der Hand. Der imperialistische Krieg kann im Gegenteil nur durch den revolutionären Krieg bekämpft werden.**

Im Kampf gegen den durch die Rivalität der beiden Supermächte drohenden imperialistischen Weltkrieg stehen die sozialistischen Länder, vor allem die VR China und die VR Albanien, unerschütterlich an der Seite der Völker der Dritten Welt und der Arbeiter aller Länder. Sie führen die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte an.

Heraus zum Roten Antikriegstag! Wir demonstrieren gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Wir demonstrieren unsere Solidarität mit den sozialistischen Ländern und den Völkern der Dritten Welt. Wir demonstrieren unsere Entschlossenheit, durch den weltweiten Sturz des Imperialismus die endgültige Abschaffung aller Kriege zu erkämpfen.

KAMPF DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN, DEN HAUPTKRIEGSTREIBERN!

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

13. August - 14 Jahre Mauer in der DDR

Nieder mit dem Sozialfaschismus

Am 13. August, vor 14 Jahren, marschierten die DDR-Truppen samt russischen Panzern auf, um die Grenze der DDR vollständig abzuriegeln. Die revisionistische DDR-Führung sicherte ihr Gefängnis für die Arbeiter mit Stacheldraht, Mauer, Todesstreifen und Schießbefehl ab, damit die Werktätigen der DDR nicht mehr länger ihren faschistischen Unterdrückern entrinnen konnten.

Dieses offene Vorgehen, das sich gegen die Werktätigen der DDR richtete, machte damals schon viele fortschrittliche Menschen stutzig, es war Ausdruck der Verwandlung der DDR von einem ehemals sozialistischen zu einem sozialfaschistischen Staat, zu einer faschistischen Diktatur einer neuen Bourgeoisie, die den Sozialismus nur noch als Mäntelchen benutzte, um ihre Terrorherrschaft zu tarnen.

Damals wie heute begründen die DDR-Revisionisten den Bau der Mauer damit, daß durch Agenten usw. Gefahr aus dem Westen drohe. „Antifaschistischer Schutzwall" heißt es bei ihnen, um die Bevölkerung über den wahren Charakter dieser Gefängnismauern hinwegzutäuschen. Wie aber schützt sich denn ein wirklich sozialistischer Staat gegen Agententum und äußere Bedrohung? Ist das kleine Albanien – heute das einzige wirklich sozialistische Land in Europa – etwa eingemauert? Ist die Volksrepublik China vielleicht mit Stacheldraht und Todesstreifen umgeben? Keineswegs, sonders dort ist das Volk bewaffnet und schützt seine Diktatur des Proletariats, stets bereit, jeden Aggressor vollständig zu vernichten, und wachsam gegenüber allen Versuchen, Agenten einzuschleusen.

Doch in der DDR ist heute das Volk entwaffnet, weil die entstandene revisionistische Clique, die die Macht in Partei und Staat an sich riß, fürchtet, das Volk könnte die Waffen gegen sie richten, um sich von den neuen Ausbeutern zu befreien, und die Mauer wurde errichtet, weil die Arbeiter und Bauern zu Zehntausenden diesem Revisionisten-Regime davonlaufen. Tausende wurden inzwischen bei Fluchtversuchen festgenommen, in Gefängnisse gesteckt, viele Flüchtlinge wurden in den letzten Jahren kaltblütig an der Mauer abgeknallt. Das Argument vom „antifaschistischen Schutzwall" ist wirklich nicht weniger zynisch als die sogenannte „Schutzhaft" der Hitlerfaschisten, die Kommunisten und Antifaschisten unter dem Vorwand des „Schutzes ihrer Person" jahrelang in Gefängnisse und KZ's sperrten.

In der DDR, nicht anders als in allen revisionistischen Ländern herrschen heute sozialfaschistische Regimes. Sozialfaschistisch deshalb, weil die Bourgeoisie, die in diesen Ländern durch die Entartung der kommunistischen Parteien die Macht an sich gerissen hat, von Sozialismus nur noch redet, um ihre faschistische Diktatur zu verschleiern. „Führung der Partei" heißt in diesen Ländern nichts anderes als politische Kontrolle durch eine Handvoll sozialfaschistischer Oligarchen über die breiten Massen. Die von ihnen beschworene „Disziplin" bedeutet allein die Unterdrückung all jener, die mit dieser konterrevolutionären Gewaltherrschaft unzufrieden sind und sich ihr widersetzen. Die „Rechte" der Arbeiterklasse bestehen lediglich darin, die Pläne und Normen im Schweiße ihres Angesichts zu erfüllen, damit die Profite der neuen Bourgeoisie wachsen und ihre Herrschaft ausgebaut wird. Jedes legale Kampfmittel ist der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen genommen. Darüberhinaus haben die neuen Herren ein umfassendes Spitzel- und Denunziantenwesen geschaffen, mit dem die Werktätigen unter Druck und Kontrolle gehalten werden, um jede Regung der Arbeiter gegen die sozialfaschistische Herrschaft im Keim ersticken zu können. Revolution, revolutionärer Kampf ist zu einem Schwerverbrechen erklärt und viele Revolutionäre und fortschrittliche Menschen in Gefängnisse, Arbeitslager und Irrenhäuser gesteckt. Karriere aber machen Konterrevolutionäre und Renegaten. Und dort, wo die Arbeiterklasse sich zum offenen Widerstand formiert, gehen die Sozialfaschisten mit blutigem Terror vor. Am deutlichsten zeigte sich das in Polen, wo die Arbeiter, die gegen die neue Klassenherrschaft der Bourgeoisie, für wirklichen Sozialismus mit der Internationale auf den Lippen demonstrierten, niedergeprügelt und niedergeschossen wurden.

Doch die Mauer ist nicht nur im Interesse der sozialfaschistischen Honekker-Clique, die sozialfaschistischen Regimes in der DDR, Polen,der CSSR usw., nicht nur im Interesse der jeweils einheimischen neuen Bourgeoisie, sondern auch im Interesse der russischen Sozialimperialisten. Neben DDR-Truppen waren es russische Panzer und russische Soldaten, die an der Grenze aufmarschierten, als die Mauer errichtet wurde. Die revisionistischen Kreml-Führer nämlich haben nicht nur im Inneren der Sowjetunion ihre sozialfaschistische Herrschaft errichtet, sondern sich zugleich die anderen revisionistischen Länder unterworfen, sie zu ihren Vasallenstaaten gemacht, die sie ausplündern und unterdrücken. So hat die Arbeiterklasse in der DDR nicht nur das Joch der sozialfaschistischen Diktatur der Honnecker-Clique zu tragen, sondern darüber hinaus auch noch die schwere Unterdrückung und Auspressung durch die neuen Zaren im Kreml, die ihr Land zudem noch als Aufmarschgebiet für ihre aggresiven Ambitionen gegenüber Westeuropa benutzen. Sie sind die wildesten Sozialfaschisten, sowohl was die Unterdrükkung in der Sowjetunion als auch was die Unterdrückung der revisionistischen Länder Osteuropas anbelangt. Läuft die Entwicklung irgendwo in ihrem Herrschaftsbereich nicht nach ihren Hegemonieinteressen, vermögen sie sich mit Drohungen und Druck nicht durchzusetzen, so scheuen sie nicht im Geringsten, ihre Besatzertruppen einzusetzen, um gewaltsam ihre räuberischen Interessen durchzusetzen.

So in der CSSR, am 21. August, vor 7 Jahren, als russische Panzer und Armee und unter ihrem Befehl weitere Truppen des Warschauer Paktes gewaltsam ins Land einfielen, weil die revisionistische Dubcek-Clique nicht mehr nach der Pfeife Moskaus tanzen wollte, sondern ihren eigenen Weg in der Anbiederung an die westlichen kapiatlistischen Länder gehen wollte. Bei Nacht und Nebel unternahmen sie ihre aggressive Invasion und gingen mit aller Brutalität gegen das tschechoslowakische Volk vor, das sich gegen den Überfall zur Wehr setzte. Allein in den ersten zwei Tagen ihres faschistischen Überfalls wurden 400 Menschen getötet. **Das widerliche Vorgehen der sowjetischen Sozialimperialisten rief damals die Empörung aller fortschrittlichen und antiimperialistischen Menschen der Welt hervor, die dies Verbrechen entschieden verurteilten. Vielen Menschen auf der Welt ist damals endgültig klar geworden, daß die Kreml-Führer Sozialismus nur noch als Flagge benutzen, um ihre imperialistischen Taten zu verdecken, daß sie den Marxismus-Leninismus nur noch in den Mund nehmen, um ihn zu verraten und für ihre Verbrechen zu verdrehen und zu verfälschen.**

Aber gerade beim Einmarsch in die CSSR zeigte sich auch noch etwas anderes: nämlich, daß die Völker den sozialfaschistischen Terror Moskaus nicht widerstandslos hinnehmen, sondern daß sie bereit sind zu kämpfen. Trotz der blutigen Unterdrückung durch die Invasionstruppen kam es zu Streiks und Demonstrationen unter der Losung „Hinaus mit den Aggressionstruppen". Zahlreiche Leute errichteten Straßenbarrikaden, legten Hinterhalte für die Invasoren, schleuderten von den Dächern Feuer auf die feindlichen Truppen und Panzer hinab und versuchten mit vielfältigen Mitteln den Vormarsch der Invasoren aufzuhalten.

Vermochte der Widerstandskampf des tschechoslowakischen Volkes damals die Aggressoren und Besatzertruppen nicht verjagen, so ist dennoch der Mut zum Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus gewachsen. Heute gibt es kein revisionistisches Land mehr in Osteuropa, wo nicht die werktätigen Massen in dieser oder jener Form gegen die sozialfaschistische Unterdrückung durch die einheimische Revisionistenbande und durch die russische Monopolbourgeoisie kämpfen. Und dieser Kampf wird notwendigerweise eines Tages zum Sieg über diese neue Bourgeoisie führen, zur Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats durch die proletarische Revolution.

Revisionismus, das bedeutet Sozialismus in Worten Imperialismus und Faschismus in Taten. Das gilt sowohl dort wo die modernen Revisionisten an der Macht sind, als auch dort, wo sie als Parteien nicht die Herrschaft ausüben, wie in Westdeutschland z. B. die D„K"P. Ihnen gemeinsam ist, daß sie unter dem Deckmantel des Sozialismus gegen die Revolution, gegen die Diktatur des Proletariats, für die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen. Dabei ist auch die Politik revisionistischer Parteien wie der D„K"P vom Sozialfaschismus geprägt, was sich am klarsten darin zeigt, daß sie teilweise mit konterrevolutionärem Terror gegen unsere marxistisch-leninistische Partei vorgeht. Die proletarische Revolution durchführen, die Diktatur des Proletariats zu errichten bzw. wieder zu errichten, das kann nur im unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus erfolgen. Doch dieser Kampf wird unbedingt den Sieg davontragen, wie Genosse Mao Tsetung schon vor langer Zeit feststellte: **„Die Völker aller Länder, die Volksmassen, die mehr als 90% der Gesamtbevölkerung ausmachen, wollen unbedingt Revolution und werden schließlich den Marxismus-Leninismus unterstützen. Sie werden den Revisionismus nicht unterstützen. Obwohl manche Leute den Revisionismus eine zeitlang unterstützen, werden sie ihn am Ende über Bord werfen. Notwendigerweise werden sie den Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder bekämpfen, und notwendigerweise werden sie den Revisionismus bekämpfen."**

Ford vor KSZE-Abschluß in Auschwitz

Ein zynisches Diplomatentheater

Anläßlich des Besuches, den US-Präsident Ford Polen abstattete, bevor er nach Helsinki zum KSZE-Abschlußspektakel weiterreiste, zog Ford im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz eine Schau ab, die einzig als ein Hohn auf die Opfer des Faschismus bezeichnet werden kann. Eine Schau, die zugleich ein bezeichnendes Licht auf das Friedenstheater in Helsinki wirft.

In dem ehemaligen Konzentrationslager, in dem von den Hitlerfaschisten 4 Millionen Menschen ermordet wurden, legte Ford, selbst Vertreter einer Supermacht, die als Völkermörder von allen Völkern der Welt gehaßt und bekämpft wird, mit Trauermine einen Kranz nieder. Im Hintergrund der Szene ein Transparent: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg". Wahrhaftig ein Hohn auf die Opfer des Hitlerfaschismus, auf die Opfer des Imperialismus, angesichts der riesigen Gefängnisse in den USA, in denen – gleich Konzentrationslagern – Tausende politische Gefangene wie Vieh in Käfigen gehalten werden, in denen zehntausende farbige Menschen aufgrund rassistischer Unterdrücker Jehrzehnte ihres Lebens verbringen müssen. Angesichts der Gettos der US-Städte, in denen die farbige Bevölkerung nicht anders als die Juden im Hitlerfaschismus leben müssen. Angesichts der faschistischen Konzentrationslager, die die US-Imperialisten wie vor der Befreiung in Vietnam in vielen Ländern errichtet haben, in denen sie ihre Gewaltherrschaft ausüben, die KZ-Dörfer, die berüchtigten Tigerkäfige usw., in denen Tausende Menschen auf bestialische Weise von den US-Imperialisten und ihren Lakaien ermordet und verstümmelt wurden, weil sie für die Befreiung ihres Vaterlandes kämpften.

So verlogen und zynisch wie Fords Schauspiel in Auschwitz ist auch das Theater von Helsinki. „Suche nach Frieden, Zusammenarbeit und Sicherheit für alle Völker"? Keine einzige Frage der Sicherheit und des Friedens in Europa ist von der KSZE gelöst worden. Im Gegenteil. Nach wie vor rüsten beide Supermächte in Europa wie auf allen Kontinenten und Weltmeeren auf, verschärft sich die Konfrontation zwischen beiden in allen Erdteilen um die Neuaufteilung der Welt zwischen ihnen.

Nicht umsonst haben beide Supermächte an das Ende dieser Konferenz noch einmal ein theatralisches Finale gesetzt, indem Zweifel, Mißtrauen und Skepsis über die Ergebnisse der Konferenz in einem bunten Gewirr von Staatsoberhäuptern mit unzähligen Gesprächen zwischen diesen und jenen ertränkt werden sollen. „Schmidt hat Honnecker ‚Guten Tag' gesagt", „Giscard d'Estaing kann Ford jetzt besser leiden", „Breschnew und Ford haben gelacht" – was diese Konferenz nicht alles vermag! Tatsächlich aber zielt das Geschwätz über das Diplomatentheater in Helsinki, das die bürgerliche Presse in diesen Tagen seitenweise druckt, lediglich darauf ab, bei den Völkern den Eindruck zu erwecken, als herrsche die Bereitschaft friedlich zu verhandeln als gäbe es kein Wettrüsten, keine Kriegsvorbereitungen beider Supermächte, als wäre das Diktat Moskaus und Washingtons aufgehoben.

Doch so sehr sich Ford in Auschwitz um eine Trauermine und Breschnew um ein Friedenslächeln in Helsinki bemühen, für die Völker Europas und der Welt zählen nicht klingende Worte, sondern die Tatsachen. Sie sehen ihren Frieden und ihre Sicherheit, ihre Unabhängigkeit und Freiheit nicht durch den Vertreter dieser oder jener Supermacht garantiert, sondern erblicken die Garantie, Frieden und Sicherheit in Europa zu erringen allein darin, die Quelle der Bedrohung und Gefahr, den Imperialismus und den Sozialimperialismus zu bekämpfen und zu schlagen.

Letzte Meldung

Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag

Zwischen der Gruppe Rote Fahne (KPD), den Marxisten-Leninisten Aachen, den Marxisten-Leninisten Bochum, den Frankfurter Marxisten-Leninisten und der KPD/ML konnte trotz erheblicher und schwerwiegender Differenzen eine Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag erreicht werden. Es wurde beschlossen, am 30. August gemeinsam eine zentrale Demonstration in Frankfurt und eine Kundgebung in Westberlin durchzuführen. Nachdem in den letzten Jahren eine Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag nicht zustandegekommen ist, ist es ein großer Erfolg für die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg und für die wachsende Kampffront gegen die beiden Supermächte in unserem Land, daß jetzt diese Aktionseinheit erreicht werden konnte. In der nächsten Ausgabe des Roten Morgen werden wir die gemeinsame Erklärung veröffentlichen. Die Freiheit der Agitation und Propaganda aller Organisationen wurde vereinbart. Die Aktionseinheit steht unter den Hauptlosungen:

KAMPF DEN BEIDEN HAUPTKRIEGSTREIBERN, DEM RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS UND DEM US-IMPERIALISMUS

STÄRKT DIE WELTWEITE EINHEITSFRONT GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE!

WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE KÄMPFEN!

Kurz berichtet

AKTIONEN GEGEN DEN KSZE-BETRUG

In mehreren Städten in der Bundesrepublik haben die Genossen der Partei in der vergangenen Woche Kundgebungen und Aktionen durchgeführt, um den KSZE-Betrug in Helsinki zu entlarven.

Während der Kundgebungen und Aktionen wurden in Westberlin, Bremen und Essen Puppen symbolisch verbrannt bzw. an den Galgen gehängt, die die beiden imperialistischen Verbrecher Ford und Breschnew darstellten.

In **Bremen** wurde die Kundgebung am Mittwoch auf dem Bahnhofsvorplatz durchgeführt. Als die Genossen am Samstag darauf wie gewöhnlich in der Stadt den ROTEN MORGEN verkauften, wurden sie von der Polizei überfallen. Schon vorher war bekannt, daß die Polizei 200 zusätzliche Polizisten bereitgestellt hatte, die aber nicht eingriffen. Während des Überfalls der Polizei wurden ein Genosse, der den Roten Morgen verkaufte, und weitere sieben Genossen der GRF (KPD) und des KBW festgenommen. **Aus Empörung über diesen Terror der Polizei wurde sofort eine spontane Demonstration in die Innenstadt organisiert, an der ungefähr 150 Menschen teilnahmen. Auch während dieser Demonstration wurden Reden gegen den KSZE-Betrug in Helsinki gehalten.**

In Dortmund war während des ganzen verkaufsoffenen Samstages in der Innenstadt ein Informationsstand aufgestellt, auf dem in Stelltafeln der Betrug in Helsinki entlarvt wurde und gleichzeitig zur Solidarität mit dem Genossen Heinz Baron aufgerufen wurde. Die Genossen riefen außerdem zum Kampf gegen die Prozesse gegen den ROTEN MORGEN auf. Der Stand war mit der Parteifahne geschmückt. Am Vormittag und am Nachmittag hielten die Genossen Kundgebungen ab.
Während dieser Aktion konnten dreißig Rote Morgen und für 70 DM Literatur verkauft werden.



In **Ludwigshafen** wurden ebenfalls am Mittwoch und am Samstag jeweils Kundgebungen gegen die KSZE durchgeführt. Am Mittwoch fand die Kundgebung in einem Einkaufszentrum in der Nähe der BASF statt, als Hunderte von BASF-Arbeitern dort vorbeikamen. Über Megaphon wurden 2 kurze Reden gehalten und es konnten 8 Rote Morgen verkauft werden. Nach der Kundgebung kam die Polizei. Mit einem RM-Transparent und der Parteifahne führten die Genossen die Kundgebung am Samstag durch. Viele Menschen kamen von selbst zum Lautsprecher, um den Roten Morgen zu verlangen und Kontakt mit der Partei aufzunehmen. Ein Kollege sagte: **„Wie gut, daß diesem Spektakel die Wahrheit entgegengestellt wird."** Bei den Reden sammelten sich ungefähr 150 bis 200 Menschen, um zuzuhören. Bei dieser Aktion konnten 23 Rote Morgen, 11 Rote-Garde-Zeitungen und 2 theoretische Organe der Partei verkauft werden.

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Friedrichshafen

Lokalzeitung verhöhnt Arbeitslose

Unter dem Titel „Bekanntmachung", veröffentlichte das „Anzeigenblatt", der wöchentlich erscheinende gemeinsame Werbeträger der beiden größten Regionalzeitungen des Raumes Friedrichshafen am Bodensee vor kurzem einen Aufruf an alle Arbeitslosen dieses Gebietes. Dieser Aufruf ist nicht nur ein Musterbeispiel für den Zynismus und die Menschenverachtung, mit der die Bourgeoisie die arbeitslosen Kollegen behandelt, sondern auch ein kennzeichnendes Beispiel für eine verlogene Propagandaaktion. Worum geht es?

Das „Anzeigenblatt" macht den arbeitslosen Kollegen das Angebot, kostenlos zwei Stellenanzeigen aufgeben zu können, vorausgesetzt, sie können eine Bescheinigung des Friedrichshafener Arbeitsamtes, daß sie wirklich arbeitslos sind, vorweisen.

Diese ganze Aktion des „Anzeigenblattes" läuft unter dem Motto der Hilfe und „An die Arbeitslosigkeit wollen wir uns nicht gewöhnen". Nach dem Erscheinen dieses „Angebots" verteilten die Genossen unserer Partei in Friedrichshafen vor dem Arbeitsamt ein Flugblatt, in dem diese Propagandaaktion entlarvt wird. Darin heißt es unter anderem:

„Arbeitslose, Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt diese ‚Bekanntmachung' sicher gelesen und diesen widerwärtigen Zynismus gespürt wenn es am Schluß hieß: ‚Auf, ran an die Arbeit und ein Stellengesuch aufgesetzt. Fallen ist keine Schande — nur liegen bleiben.' So, sind wir also gefallen?! Bisher dachten wir immer, wir sind hinausgeworfen worden. Also, haben wir deswegen keine Arbeit, weil wir zu faul sind, uns um eine Stelle zu bemühen. Also, wir ‚Gefallenen' sind selbst schuld, daß wir auf die Straße geflogen sind. ‚Fallen ist keine Schande' — diese Zeitungsschmierer sollten das mal einem Kollegen ins Gesicht sagen, der — wie viele — Jahre und Jahrzehnte in einer Firma geschafft hat ... Arbeitslose, Kolleginnen und Kollegen! Laßt Euch nicht verhöhnen! Gebt Euch nicht her für den billigen Propagandatrick des Anzeigenblattes! Boykottiert diese ‚Hilfsaktion'! Gebt keine Stellengesuche im Anzeigenblatt auf. Es kostet doch nichts, sagt das Anzeigenblatt. Klar, das Stellengesuch ist gratis, politisch kommt die Sache aber teuer zu stehen. Wir haben keine über eine Million Arbeitslose, weil die zu faul sind, eine Stellenanzeige aufzugeben. Die Schuld liegt beim kapitalistischen System: Arbeitslosigkeit ist ein Grundübel des Kapitalismus. Mit der Gratisaktion aber wird der Schwarze Peter den Arbeitslosen selbst zugeschoben. . . Kein Arbeitsloser sollte sich durch solche Methoden demütigen lassen."

Die Propagandaaktion des Anzeigenblattes ist nur eine der vielen Methoden, mit denen die Bourgeoisie versucht, die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu vertuschen und mit denen sie gegen den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen kämpft, indem sie heuchlerisch erklärt, daß der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit lediglich eine Frage des Geschicks und der Tüchtigkeit jedes einzelnen sei.

In Friedrichshafen allerdings war die Anzeigenakttion des Anzeigenblattes ein Mißerfolg. Die Genossen berichten, daß nicht nur das Flugblatt der Partei auf großes Interesse bei den arbeitslosen Kollegen gestoßen ist, sondern daß darüberhinaus erst zwei oder drei von dem Angebot Gebrauch gemacht haben. Die meisten Kollegen waren nicht bereit, auf eine solche Provokation einzugehen.

Fortsetzung von Seite 1

Die kapitalistische und auch die revisionistische Welt steckt in einer weltweiten, tiefgehenden wirtschaftlichen Krise, die in ihrem Ausmaß, was das Elend der werktätigen Massen angeht, bereits an die Ausmaße der Krise 1930 herankommt. So hat nach den Angaben des amerikanischen Nachrichtenmagazins „US News and World Reports" die Arbeitslosigkeit derzeit den höchsten Stand seit 40 Jahren erreicht. Allein in den USA, Kanada, Japan, Australien und Westeuropa sind danach gegenwärtig 15 Millionen Menschen ohne Arbeit. Und was die Zukunftsperspektiven angeht, so schreibt die Nachrichtenagentur: „Vorauszusehen ist eine lange Periode der Arbeitslosigkeit, die chronisch und hoch sein wird. (. . .) Die Aussichten auf alles, was einer schnellen Erholung ähnelt, sind trübe."

Durch eine Belebung des Handels sind also keinerlei Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik zu erwarten. Im Gegenteil, die allgemeine Wirtschaftskrise wird sich auch in Zukunft negativ auf die westdeutsche Wirtschaft auswirken.

Und was ist mit der Parole „gemeinsam" die „Volkswirtschaft aus der Flaute herausreißen"? Im letzten Jahr hieß es „Stabilität durch Lohnverzicht". Damit wurden zum Beispiel die Löhne der Stahlarbeiter so weit gedrückt, daß von einer realen Lohnerhöhung keine Rede mehr sein konnte. Heute steckt die Stahlindustrie genauso in der Krise wie andere Industriezweige auch. Nach Angaben des Instituts für Eisen und Stahl in Brüssel ist die Stahlproduktion in der Bundesrepublik um 20,1% gesunken. Das Ganze war also eine glatte Lüge, um den Arbeitern in der Stahlindustrie noch weniger Lohn für ihre Arbeit zahlen zu müssen, um die Profite der Kapitalisten halten bzw. steigern zu können.

Wenn auch die „Opferparolen" der Kapitalisten und auch des DGB-Apparats an die Adresse der Werktätigen im wesentlichen die gleichen sind wie im letzten Jahr, so fällt doch eins auf: so offene Worte wie jetzt hat man selten gehört. Das hat seinen Grund darin, daß die Kapitalisten sich mit einer Reservearmee von über einer Million arbeitsloser Arbeiter und einer weiteren Million Ausländer im Rücken stärker fühlen bei der Durchsetzung ihrer Angriffe gegen die Arbeiter als je zuvor.

Das Heer der Arbeitslosen als Reservearmee, als Lohndrücker gegen die Arbeiter in den Betrieben einzusetzen, die noch einen Arbeitsplatz haben, versuchen die Kapitalisten nicht nur mit drohenden Worten, sondern mit Hilfe des Arbeitsamtes auch ganz massiv auf dem Wege der Erpressung. Den Arbeitslosen werden auf den Ämtern Arbeitsplätze angeboten, bei denen sie weit unter ihrem vorherigen Lohn arbeiten sollen bzw. zu einem „Lohn", der nichts weiter ist als ein Taschengeld. So wollte das Arbeitsamt in Schwelm zum Beispiel einen Jugendlichen, der nach der Schule keine Stelle gefunden hatte, zwingen, für 1,10 DM pro Stunde auf dem Friedhof zu arbeiten. Wer diese Arbeiten zu Billigstlöhnen nicht annimmt, läuft Gefahr, die Arbeitslosenunterstützung für einen Monat, oder — im Wiederholungsfall — gar für immer zu verlieren. Allein im Juni wurden 18 000 Arbeitslosen für einen Monat die Gelder gesperrt. Während die Kapitalisten so einerseits versuchen, die Arbeitslosen gegen die Arbeiter mit Arbeitsstelle auszuspielen, Feindschaft zwischen ihnen zu säen, werden auf der anderen Seite die Arbeiter in den Betrieben gegen die Arbeitslosen aufgehetzt. Genauso wenig wie mancher Deutsche sich vor einigen Jahren vorstellen konnte, ein Jahr oder länger arbeitslos zu sein, genauso wenig hätte sich mancher träumen lassen, daß über Nacht aus den „fleißigen Deutschen" „Playboys", „Arbeitsscheue" werden, alleine deshalb, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Wie Menschen 2. Klasse werden heute nicht mehr nur die ausländischen Kollegen, sondern auch die arbeitslosen Deutschen behandelt. Und je länger die Arbeitslosigkeit, desto schlechter die Behandlung.

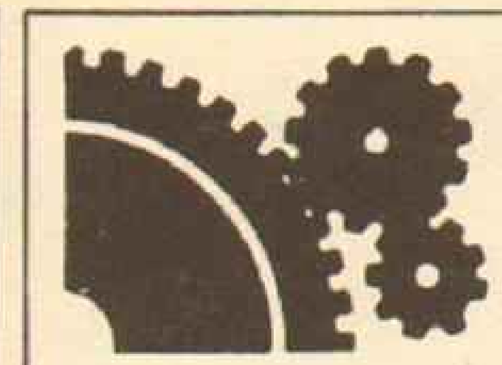
Natürlich ist diese Entwicklung an den westdeutschen Arbeitern nicht spurlos vorübergegangen. Warum sonst sieht sich DGB-Vorsitzender Vetter genötigt, davor zu warnen, „daß es bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu einer politischen Radikalisierung kommen könne"?

Die Kapitalisten und der DGB-Apparat fürchten, daß viele Arbeiter aus der wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und den verschiedenen „Rezepten" und Versprechungen von Regierung und DGB-Gewerkschaften auf der anderen Seite die richtige Schlußfolgerung ziehen: Daß die Ursache der Krise im Kapitalismus liegt. Daß alles Herumdoktern der Regierung bisher immer nur einen Erfolg hatte, den Kapitalisten zu Profiten zu verhelfen und die Arbeiterklasse noch weiter auszuplündern, sie zu unterdrükken, sie an der Nase herumzuführen.

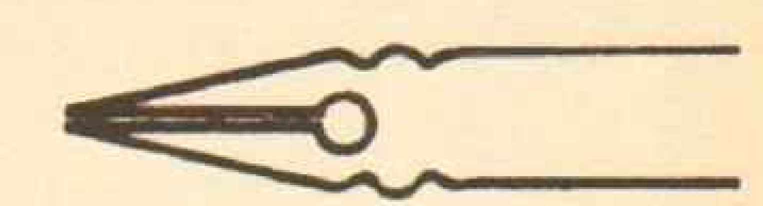
Immer häufiger versuchen DGB-Apparat und auch moderne Revisionisten darum, die Erfahrung der Arbeiter, daß die Kapitalisten nicht in der Lage sind, der Arbeiterklasse ein menschenwürdiges Leben zu sichern, auszunutzen, um die Mitbestimmung als Ausweg aus der Misere zu empfehlen. Aber die Mitbestimmung, die als Allheilmittel für die Arbeiterklasse empfohlen wird, ist in Wirklichkeit ebenfalls ein „Rezept" der Kapitalisten. **Die Mitbestimmer in den Aufsichtsräten werden dort genau das ausführen, was der DGB heute predigt und in einigen Betrieben (Montanindustrie) auch schon durchführt: 1. gemeinsam mit den Kapitalisten für die „Rentabilität", sprich den Profit des Betriebes zu arbeiten; 2. gegen die „politische Radikalisierung" der Arbeiter zu wirken. Mit anderen Worten, die „Mitbestimmer" werden die Tageskämpfe der Arbeiter so weit wie möglich unterdrücken und vor allem mit allen Mitteln verhindern, daß die Arbeiter in den Betrieben den Kampf aufnehmen mit dem Ziel, die Ursachen des Massenelends zu beseitigen, den Kampf für die sozialistische Revolution, für eine Gesellschaft, in der nicht sogenannte Arbeitervertreter an der Ausbeutung der Arbeiterklasse mitbestimmen, sondern die Arbeiterklasse zusammen mit den werktätigen Bauern allein bestimmt und ihre Diktatur über die Ausbeuter ausübt.**

Wie sagte doch Vetter in seinem Interview im „Spiegel": „Die Regierung muß Reformen wie Mitbestimmung und berufliche Bildung, die kein Geld kosten, durchbringen." Das ist natürlich Musik in den Ohren der herrschenden Klasse, in den Ohren der Kapitalisten und ihrer Regierung. Aber gleichzeitig ein Hohn auf die vielen Familien, die sich mit Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenhilfe nicht mehr die Butter auf dem Brot gönnen können. Und genauso für die Kollegen in den Betrieben, die einerseits ständig mehr arbeiten müssen und andererseits immer häufiger an den gefüllten Schaufenstern vorbeigehen müssen, weil sie sich bei den Lohneinbußen durch Kurzarbeit und Überstundenstreichungen nur noch das Notwendigste erlauben können.

Was die Kollegen in den Betrieben brauchen, ist kein Stillhalteabkommen mit den Kapitalisten, das ihren Lohn senkt und den Profit der Kapitalisten erhöht. Die Kollegen brauchen mehr Lohn. Und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen der drohenden Arbeitslosigkeit. Diesen Kampf um mehr Lohn, das haben die bisherigen Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften klar gezeigt, aber werden die Arbeiter nur im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre angeblichen Arbeiterführer führen können. Mit den DGB-Gewerkschaften zu gehen, das hat DGB-Boß Vetter klar gesagt, heißt auf eine Erhöhung des Reallohns zu verzichten, heißt, mit Lohnverzicht den Kapitalisten in der „Flaute" zu helfen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Spaltungsversuche mit Urlaubs- und Frühstückszeiten

In einem mittelgroßen Metallbetrieb in Velbert arbeitet ein Sympathisant der ROTEN GARDE. Die Situation dort sieht so aus, daß den Kollegen die schmutzige Arbeit übergeben wird, sich über die Zeit zu einigen, wann sie in Urlaub fahren. Es ist so, daß die verheirateten Kollegen mit Kindern zuerst bestimmen, wann sie in Urlaub fahren. Für einen Jungarbeiter und einen ausländischen Kollegen heißt das, daß sie gezwungen werden, ihren Urlaub außerhalb der eigentlichen Ferienzeit zu nehmen. Die Kollegen sollen sich für den reibungslosen Ablauf der Produktion die Köpfe einschlagen. Durch diese „Ferienregelung„ werden in dem Betrieb die Arbeiter genauso gespalten, wie durch die unterschiedliche Pausenbezahlung. Die Männer kriegen die Frühstückspause bezahlt und die Frauen nicht. Ein weiteres Stück leisten sich die Kapitalisten mit den Überstunden. Obwohl aus den Lieferscheinen ersichtlich ist, daß immer noch genügend Aufträge da sind, werden in einigen Abteilungen die Überstunden ohne Lohnausgleich abgebaut. Die Unruhe im Betrieb wächst über diesen Lohnraub. Letzten Endes können diese Sauereien nur bekämpft werden, wenn sich alle Arbeiter in einer Kampffront gegen den Kapitalismus zusammenschließen.

Rot Front!

Genossen aus Velbert

Schwelm/Sozialamt

Statt Hilfe - Erpressung

In Schwelm bei Wuppertal lebt eine Witwe mit zwei Söhnen, 10 und 15 Jahre alt. Aufgrund sehr geringer Unterstützung durch eine Halbwaisen- und Witwenrente, bekam sie seit 5 Monaten eine Sozialunterstützung von 250 DM.

Der 15jährige Sohn beendete nun die Volksschule und bekam wie Zigtausende seiner Kollegen weder eine Stelle als Hilfsarbeiter noch eine Lehrstelle.

Das Sozialamt reagierte darauf so, daß es die Sozialunterstützung auf 150 DM zusammenstrich. Begründung: der 15jährige Sohn habe die Schule verlassen und könne ja arbeiten, wenn er nur wolle. Trotz weiteren intensiven Bemühens war aber keine Arbeitsstelle, geschweige denn eine Lehrstelle zu bekommen. Stattdessen kam kurze Zeit später ein Brief, der Sohn solle 2 1/2 Stunden am Tag für 1,10 DM Stundenlohn auf dem Friedhof arbeiten. Diesen „Lohn" und die 150 DM Unterstützung zusammengezogen, käme man auf eine „Unterstützung" von 228,08 DM. Der Sohn machte diese Arbeit aber nur für wenige Tage, weil er für so einen Dreckslohn nicht arbeiten wollte. Deswegen wurde ihm nicht einmal der Lohn für die paar Tage Arbeit ausgezahlt. Seine Mutter aber bekam weiter 150 DM Unterstützung. Kurze Zeit darauf gab es eine Rentenerhöhung. Aufgrund dessen schrumpfte die Sozialunterstützung auf ganze 106 DM zusammen. Und der Witwe wurde angedroht, auch diese restliche Unterstützung würde noch ganz gestrichen, wenn ihr Sohn sich weiter weigern würde, für 1,10 DM Stundenlohn auf dem Friedhof zu arbeiten. Die Behandlung dieser Witwe durch das Sozialamt zeigt, daß die Werktätigen für das Sozialamt, für den Staat einen Dreck wert sind. Sie sind gezwungen, von einem Amt zum anderen zu laufen und buchstäblich zu betteln, um Geld zum Leben zu haben.

Genossen aus Schwelm

Recklinghausen

Arbeitshetze führt zum Tod von 2 Kumpels

Genossen aus Recklinghausen berichten, daß sich vor einiger Zeit allein innerhalb einer Woche 2 tödliche Unfälle auf der Schachtanlage ereigneten. Um hohe Profite zu erzielen, werden die Kumpels zu immer größerer Schnelligkeit angetrieben. Zeit, um die Stollen sicher voranzutreiben, gibt es nicht. Hauptsache, der Abbau geht schnell und gewinnbringend vonstatten. Das führte dazu, daß ein 26 jähriger Kollege, Vater von 4 Kindern, durch sich lösende Felsbrocken, erschlagen wurde. Die Genossen schreiben: „Die Steiger versuchen dem Kollegen selbst die Schuld in die Schuhe zu schieben. Aber die Kollegen vermuten, daß der Arbeitsplatz nicht richtig abgesichert gewesen ist und sprechen von fahrlässiger Tötung. Sie sehen die besondere Gefährdung des Bergmanns und sagen: „Bei uns auf dem Pütt ist der Wurm drin." Der Betriebsratsvorsitzende hielt es nicht einmal für notwendig, zur Beerdigung zu erscheinen. Außerdem mußten die Kollegen aus dem Revier des Verunglückten für die Teilnahme an der Beerdigung eine unbezahlte Feierschicht nehmen und sie wurden aufgefordert, dafür samstags eine Rausholschicht zu machen. Den Unmut der Kollegen darüber bezeichnet ein revisionistischer Betriebsrat als ‚Materialismus'. Die Teilnahme an der Beerdigung sei eine Treuepflicht, die nicht tariflich verankert ist!

Die Genossen berichten weiter: „Ein ‚Erfolg' des Betriebsrats entpuppt sich als versteckter Lohnraub für viele Kollegen. Die neue Fahrtkostenregelung sieht vor, daß Fahrtkosten, die den Betrag von DM 16,80 übersteigen, den Kumpels, die weiter als 2 km vom Pütt wohnen, erstattet werden. Die Kumpels von den stillgelegten Schachtanlagen in Herne und Wanne-Eickel, die bisher mit dem Bus umsonst fahren konnten, müssen diesen Betrag jetzt selbst zahlen. Profitieren tun von der neuen Regelung nur relativ wenige, da die meisten in der Kolonie direkt in Zechennähe wohnen. Über diesen versteckten Lohnraub herrscht bei vielen Kollegen Empörung!"

"KSZE"

Die europäische Unsicherheitskonferenz

„Alle Staaten Europas mit Ausnahme Albaniens" – diesen Satz hört und liest man immer wieder, wenn es um die Teilnahme an der Unsicherheitskonferenz in Helsinki geht. Das rote Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, hat als einziger Staat Europas seine Stimme gegen den Betrug von Helsinki erhoben und sich geweigert, an dieser Konferenz teilzunehmen. Diese Tatsache können die Imperialisten nicht verschweigen, aber sie verschweigen weitgehend die Gründe und die Stellungnahmen der Regierung der Volksrepublik Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens. Der Grund ist klar: Die VR Albanien zerreißt den Schleier von Drohungen, Erpressungen und Lügen, den die beiden Supermächte auf dieser Konferenz gewoben haben. Genosse Enver Hoxha stellte zur Außenpolitik der VR Albanien fest: *„Wir suchen die Freundschaft der Völker und nicht die ihrer Unterdrücker."* Und in der gleichen Rede stellt Genosse Enver Hoxha klar: *„Die Volksrepublik Albanien bekämpft den amerikanischen Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus, die anderen Imperialisten und die gesamte Weltreaktion, die die Urheber allen Unglücks der Menschheit sind, die Urheber der räuberischen und aggressiven Kriege, die Anstifter von Spaltung und Streitigkeiten, von Diversion und Komplotten, die auf unserem Erdball stattfinden."* Im folgenden drucken wir einen Artikel aus „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, zur KSZE ab.

Nach zwei Jahren mühseliger Verhandlung, Packeleien und Kombinationen hinter den Kulissen wurde endlich beschlossen, Ende dieses Monats in Helsinki das einzuberufen, was „Europäische Sicherheitskonferenz" genannt wird. Den Chefs der europäischen Staaten wird am 30. Juli eine nicht geringe Anzahl von mit schönen Phrasen und süßen Versprechungen gespickten Dokumenten vorgelegt, damit sie ihre Unterschriften darunter setzen können. Die Aufführung ist pompös, aber ihr Rummel kann die Gefahren nicht tarnen, die dieses bedrohliche sowjetisch-amerikanische Unternehmen für die Völker Europas und die ganze Welt darstellt. Sie kann nicht den Zweifel und den Alpdruck vertreiben, die die Konferenz von Helsinki bei den einfachen Menschen unseres Kontinents, bei all denen, die wirklich um die Sicherheit und den Frieden in Europa besorgt sind, hervorgerufen hat.

Die Frage, die sich bereits vor Aufnahme der Verhandlung über die „Konferenz für Europäische Sicherheit" stellte, die Frage, die sich heute stellt und die sich immer wieder stellen wird, ist nur die eine: **Wer bedroht eigentlich Europa? Vor wem müssen sich die europäischen Völker in Sicherheit bringen? Werden etwa der Frieden und die Sicherheit in Europa von Belgien oder der Schweiz, von Finnland oder Österreich gefährdet?** Und entsteht daher die Notwendigkeit, daß sich diese oder andere solcher europäischen Länder offiziell verpflichten, auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zu verzichten?

Es ist keineswegs schwer, eine Antwort darauf zu finden. Diese Antwort ist übrigens allgemein bekannt und erfordert keinerlei Neuentdeckung: **Der Frieden und die Sicherheit Europas werden unmittelbar und ständig vom US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus bedroht, von ihrer aggressiven und expansionistischen Politik, von ihren Militärblöcken, ihren Streitkräften und Stützpunkten, die sie in anderen Ländern stationiert haben. Die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker werden durch die von den beiden Supermächten betriebene Politik der Einflußbereiche bedroht und gefährdet, durch die imperialistischen Praktiken von politischen Abenteuern und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer, durch den neokolonialistischen Kurs und die unersättliche Gier dieser Supermächte, um die Länder und Nationen zu unterwerfen und zu beherrschen. Europa wird gefährdet und bedroht durch die sowjetisch-amerikanische Atomabschreckung, durch die militärischen Abenteuer und fieberhaften Vorbereitungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf einen 3. Weltkrieg.**

Jener Teil der Dokumente, in den die Weltöffentlichkeit bisher Einblick gewinnen konnte, erweckt den Eindruck, als ob die in Helsinki zu unterzeichnenden Papiere keinerlei verpflichtende politische Bedingungen, militärische Verpflichtungen und anderes enthalten. Äußerlich und formal scheint es, als ob keiner eine konkrete Verpflichtung übernimmt, keiner an Händen und Füßen gebunden ist. Aber der Schein trügt. In Wirklichkeit kann jedermann erkennen, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten durch die Konferenz von Helsinki den anderen ein „internationales Dokument" aufgezwungen haben, in dem faktisch der gegenwärtige Status quo in Europa anerkannt und gebilligt wird, d. h. die Einflußbereiche und die politische, militärische und wirtschaftliche Beherrschung mehrerer Länder unseres Kontinents durch die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten. Aus dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen geht eindeutig hervor, daß die Sowjetunion und die USA dabei keineswegs um die wirkliche Sicherheit Europas, sondern um die Sicherheit ihrer Einflußbereiche, ihrer politischen und militärischen Basen besorgt waren. Es ging ihnen dabei darum, die Barrieren, die die Erweiterung ihrer politischen und wirtschaftlichen Hegemonie behinderten, abzubauen, ihr Hinterland in Ruhe zu halten, damit sie sich noch nachdrücklicher und wirkungsvoller auf die Regionen konzentrieren können, wo ein „Vakuum" entstanden ist und wo Revolutionen und Befreiungskämpfe der Völker ausgebrochen sind.



In vielen Orten führte die KPD/ML Aktionen und Kundgebungen gegen die KSZE durch. Hier ein Bild von einer Kundgebung in Essen

Welchen Vorteil können die europäischen Völker **daraus** ziehen? Was nutzt all das dem allgemeinen Frieden? Hat sich etwa mit der sogenannten „europäischen Sicherheit" die Herrschaft der Sowjetrevisionisten in Osteuropa gelockert? Wurden etwa die sowjetischen Truppen von dort abgezogen und die politische, wirtschaftliche und militärische Integration dieser Länder mit der Sowjetunion aufgelöst? Hat sich etwa der Druck Moskaus auf die nationale Kultur dieser Länder und sein Angriff auf die nationalen Traditionen verringert? Wurden etwa auf der „Europäischen Sicherheitskonferenz" die würgenden Erpressungen der Vereinigten Staaten gegenüber den westeuropäischen Ländern vermindert? Wird etwa die Einmischung der Monopole jenseits des Atlantik in die inneren Angelegenheiten dieser Länder ein Ende nehmen und werden sie sich etwa vor der aus Amerika importierten Inflation und Krise retten können?

Außer schönklingenden Worten und falschen Illusionen bringt die Konferenz von Helsinki nichts. Es ist das eingetreten, was wir bereits vorausgesagt hatten und was in der Erklärung der Volksrepublik Albanien eindeutig zum Ausdruck gebracht worden war, nämlich, daß die beiden Supermächte sich bemühen werden, die „Europäische Sicherheitskonferenz" in ein Mittel zu verwandeln, um ihren liberal-pazifistischen Geist zu verbreiten und zu behaupten, daß heute angeblich sämtliche internationalen Fragen, alle Klassenkonflikte auf der Welt durch „friedliche Verhandlungen" und durch „persönliche Kontakte" gelöst werden könnten und daß die heutigen sowjetischen und amerikanischen Spitzen „Menschen des Friedens" sind und „für den Frieden" wirken.

Der Tisch in Helsinki ist ein amerikanisch-sowjetischer Tisch, die anderen bezahlen nur die Zeche. Die Dokumente, die dort unterzeichnet werden sollen, enthalten nicht im mindesten die Interessen, die Wünsche oder die Besorgnis der Völker Europas. Die Hoffnung jener, die glaubten, die „Europäische Sicherheitskonferenz" würde die Unabhängigkeit einiger unter der Herrschaft und dem Einfluß der Sowjetunion oder der Vereinigten Staaten stehenden Länder festigen und andere Länder zur Autonomie anspornen, hat sich als pure Illusion erwiesen, als leere Hoffnung. Die Tatsachen haben gezeigt, daß bei der Festlegung der Ziele dieser Konferenz, bei der Ausarbeitung ihrer Entwürfe und der Formulierung der Thesen und Konzepte der Anteil der anderen Teilnehmerstaaten sehr gering und ihre Rolle minimal war. Über diese Konferenz verhandelten und beschlossen die beiden Supermächte außerhalb des Konferenzrahmens, auf ihren bilateralen Treffen und nicht nur außer Hör- und Sichtweite der anderen, sondern auch gegen die Interessen der anderen. Sogar der endgültige Termin der Konferenz wurde erst nach den Gesprächen Gromykos und Kissingers in Genf festgelegt. Heute, da die beiden Supermächte in schweren Krisen stecken und allseitige Niederlagen hinnehmen mußten, heute, da auf der ganzen Welt die antiamerikanische und die antisozialimperialistische Woge begonnen hat aufzubranden, bedürfen diese beiden Supermächte dringend der gegenseitigen Unterstützung. Vor allem hat dasdie Breschnewclique nötig, die Initiatorin dieser Konferenz, die die „Europäische Sicherheit", die „Entspannung" mit ihrem persönlichen politischen Schicksal verbunden hat. Sie muß zum 25. Parteitag der sowjetrevisionistischen Partei, der Anfang nächsten Jahres anberaumt ist, mit einem gebuchten Erfolg erscheinen, sie muß aufzeigen, daß man auf ihre Außenpolitik hört und sie respektiert. Sie ist bestrebt mit politischen Manövern ihre Positionen sowohl im eigenen Land als auch in den Satellitenländern zu konsolidieren und ihrer Hegemoniepolitik in anderen Gebieten der Welt neuen Aufschwung zu verleihen. Der Abschluß der Konferenz von Helsinki wird von Breschnew zudem als eine günstige Bedingung betrachtet, demnächst die Konferenz der revisionistischen Parteien Europas einzuberufen und sie als Mittel zu benutzen, um die Herrschaft über diese Parteien zu verstärken und sie noch fester vor den Karren der sowjetischen Außenpolitik zu spannen. Auch Amerika hat nicht weniger einen diplomatischen Erfolg nötig. Nach den schmählichen Niederlagen in Vietnam und Kambodscha, nach dem Fiasko Kissingers im Nahen Osten und nachdem das Vertrauen auf Amerika bei den Alleierten stark erschüttert ist, muß der US-Imperialismus sein gesunkenes politisches Prestige heben und durch die Abschreckung mit der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit Ordnung in den ins Wanken geratenen Bündnissen schaffen. Ford gab für die „Europäische Sicherheitskonferenz" grünes Licht, weil er die US-freundliche breschnewsche Gruppe in Moskau unterstützen möchte und die gegenwärtig im Kreml herrschende Clique ist ihrerseits daran interessiert, daß die von Ford verfolgte nixonsche Linie der Annäherung an die Sowjetunion auch von der neuen im nächsten Jahr zu wählenden US-Verwaltung weiter verfolgt wird.

Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß jede Sicherheit aufs Engste mit den militärischen Aspekten zusammenhängt, damit, welche realen Voraussetzungen sie bietet, um einer eventuellen Aggression vorzubeugen oder sie zu bannen. Weshalb haben sich aber die beiden Supermächte geweigert, trotz der nachdrücklichen Forderung einiger an dieser Konferenz teilnehmenden Staaten, daß die militärischen Aspekte der Sicherheit zur Diskussion gestellt wurden? Sie gingen dabei von der Absicht aus, daß die Völker Europas ungesichert und schwach bleiben, um ihnen leichter ihren Willen und ihr Diktat aufzwingen zu können, um ihnen die Möglichkeit und die Schlagkraft für eine Selbstverteidigung, die Fähigkeit zu nehmen, sich gegen diejenigen aufzulehnen, die so gerne das Gesetz in Europa machen möchten. Die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten wollen die anderen Länder zwingen, unbewaffnet oder mit einer beschränkten und wirkungslosen Rüstung angesichts des sich stets verstärkenden Militärpotentials der beiden Supermächte dazustehen. Sie wollen sie in Passivität treiben und erreichen, daß sie sich niemals der größeren Perfektionierung der Rüstung, der Ausdehnung der Militärstützpunkte und der Erhöhung des Rüstungsetats der beiden Supermächte gewachsen fühlen. **Die militärischen Sicherheitsaspekte werden in Helsinki ausgeklammert, weil die beiden Supermächte unbedingt die Angst- und Kriegspsychose aufrechterhalten wollen. Die militärische Sicherheit der europäischen Länder wollen die Supermächte unter ihre zwei Schirme stellen, „mit denen sie", wie Genosse Enver Hoxha sagt, „bezwecken, daß den Völkern und Ländern keine andere Wahl bleibt, als ihre Rettung in der einen oder anderen Supermacht zu sehen, daß sie nicht mehr mit dem eigenen Kopf denken und daß sich ihr Wille und ihre Freiheit mit diesen beiden Ungeheuern verbindet."**

In Westberlin gingen zwei Puppen, die Breschnew und Ford darstellten, nach einer Kundgebung in Flammen auf

Die Abmachungen der „Europäischen Sicherheit" sind ein neues Spinnetz der beiden Supermächte, um ihre Bundesgenossen und auch die anderen noch ärger zu verwickeln. Dies ist die größte Spekulation, die jemals mit den Wünschen der europäischen Völker nach Frieden und Sicherheit, nach Zusammenarbeit und gutnachbarlichen Beziehungen betrieben worden ist.

Wie kann man von einem gesicherten Europa sprechen, wenn es mit fremden Militärstützpunkten, den Atombomben der beiden Supermächte, mit Hunderttausenden von Soldaten, mit unzähligen Panzern und Flugzeugen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten übersät ist? Die beiden Supermächte wollen die militärischen Fragen nicht diskutieren, weil sie ihre Gendarmerie in Europa, ihre ständigen militärischen Erpressungen aufrechterhalten und Europa eingekreist und von der übrigen Welt isoliert halten möchten.

Wie kann man von einer Sicherheit Europas sprechen, ohne das Mittelmeerbecken, den Nahen Osten und Nordafrika zu berücksichtigen? Die Geschichte hat wiederholt bewiesen, daß die in Europa ausgebrochenen Konflikte, auch, wenn sie nicht gegen das Mittelmeerbecken, Nordafrika oder den Nahen Osten gerichtet waren, trotzdem dazu führten, daß diese Gebiete von ihren Flammen erfaßt wurden. Die Geschicke dieser Regionen sind aufs Engste mit denen Europas verbunden und sie aus der „Europäischen Sicherheitskonferenz" auszuklammern ist künstlich und hinterhältig.

Die USA und die Sowjetunion weigerten sich mit Händen und Füßen, die „Europäische Sicherheit" mit der Sicherheit des Mittelmeerbeckens, Nordafrikas und des Nahen Ostens zu verbinden. Denn dadurch wäre das Problem entstanden, ihre Flotten aus dem Mittelmeerbecken abzuziehen, die von ihnen an den Küsten dieses Beckens betriebene barbarische Kanonenbootpolitik wäre entlarvt, ihre brutale Einmischung in den arabisch-israelischen Konflikt noch mehr aufgedeckt worden, und ihre wilde, den Frieden und die Sicherheit aller Völker bedrohende Rivalität in diesem Gebiet wäre noch deutlicher ans Licht gekommen. Die Haltung der Supermächte zu dieser Frage war ein Beweis dafür, daß sie ihre Herrschaft in diesen Regionen noch mehr erweitern, sie vervollständigen und verewigen wollen.

Deshalb sollen sich die Teilnehmer an der Konferenz von Helsinki nicht so sehr damit beeilen, die „Siege des Friedens und der Sicherheit", die „Entspannung" in Europa zu besingen.

Die Abmachungen, die Verträge, die Zugeständnisse und Kompromisse, die unter Leitung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika manipuliert und abgeschlossen werden, können niemals zur Festigung des Friedens und der Sicherheit, weder auf regionaler noch auf internationaler Ebene beitragen. Die „Europäische Sicherheit" beseitigt keineswegs die zwischenimperialistische Rivalität, die eine der wichtigsten Ursachen für den Ausbruch aggressiver Kriege bildet, sondern sie wird im Gegenteil als eine Ausgeburt der Expansions- und Hegemoniepolitik der Supermächte die bestehenden Widersprüche und die bestehende Spannung in allen Gebieten und Kontinenten noch mehr zuspitzen. Die Supermächte erhalten die Möglichkeit, auf den anderen Kontinenten freier zu handeln, ihren Druck und ihre Intrigen zu intensivieren, um die Völker zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen. Damit wollen sie die Absatzmärkte und neue Einflußbereiche an sich reißen und ihre Hegemonie ausdehnen. Sie haben bereits begonnen, in den Indischen Ozean einzudringen und sich in Afrika breitzumachen. Sie lechzen schon jetzt nach den Reichtümern des Persischen Golfes und sie zeigen Asien und Lateinamerika ihre Klauen. So wird die bestehende Lage noch unsicherer und überall vergrößert sich die Möglichkeit, daß sich explosive Elemente zusammenballen. Diese Bedrohung und Gefährdung der Interessen der Völker und Nationen nehmen zu.

Die eifrigen Marktschreier der „Europäischen Sicherheit" reden jetzt viel davon, daß durch diese „Sicherheit" der Verletzung der Grenzen Einhalt geboten und die Anwendung von Gewalt ausgeschaltet werden wird. Als Garantie dafür bieten sie die „feierlichen Erklärungen" Fords und das „Ehrenwort" Breschnews. Aber können die Völker Europas ihre Sicherheit auf solche Palaver aufbauen? Sie haben unter den imperialistischen Aggressionen und der Heimtücke der Supermächte schon zu viel gelitten, als daß sie sich durch einige Papierfetzen, durch demagogische Abkommen und Verträge betrügen lassen würden.

Hitler hatte ein Dutzend Unterschriften hingekleckst, daß er sich niemals an den Grenzen Frankreichs, Belgiens und Hollands vergreifen würde und er hatte mit Tränen in den Augen geschworen, daß er nach Erhalt des Sudetenlandes der Tschechoslowakei weiter kein einziges Haar krümmen würde. Alle wissen, was danach geschah.

Auch Breschnew hatte, kaum einen Monat bevor er seine Panzer gegen Prag auffahren ließ, in Bratislava ein wortreiches Dokument unterzeichnet, in dem der Gewaltverzicht in den Himmel gehoben wurde. Die Vereinigten Staaten haben sich nicht nur aufgrund der UNO-Charta, sondern auch unzähliger Verträge „verpflichtet", die Grenzen anderer nicht anzutasten und keine Gewalt anzuwenden. Aber sie haben nicht gezö-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

gert in Griechenland zu intervenieren und Korea zu überfallen, Vietnam zu besetzen und im Libanon zu landen, sich in Santo Domingo einzumischen und gegen das kambodschanische Volk Krieg zu führen. Nur Leichtgläubige und Kurzsichtige können den schönen Friedensworten und Versprechungen der Imperialisten Glauben schenken, nur sie können auf die Zauberkraft allgemeiner Erklärungen und Abkommen oder auf die verlogene Moral der Aggressoren ihre Hoffnungen setzen. Die Völker aber schenken den verzuckerten Phrasen kein Vertrauen und lassen sich von der imperialistischen und revisionistischen Demagogie nicht irre führen.

Die sogenannte „Entspannungspolitik“, um die die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten gegenwärtig einen so großen Rummel machen, ist eine Fortsetzung des „kalten Kriegs“, allerdings in einer anderen Form. Sie ist die alte Politik der Stärke, jedoch mit Lächeln und zarten Wiegenliedern getarnt. Die „friedliche Koexistenz“, so wie sie von den Imperialisten und Revisionisten verstanden und ausgelegt wird, ist eine konterrevolutionäre und antinationale Ideologie und Praxis, sie ist volksfeindlich und durch und durch antidemokratisch. Als Ausdruck der Expansions- und Hegemoniepolitik der Supermächte stellt sie ein gefährliches Mittel dar, um die Völker zu unterjochen, sie zu unterwerfen und zu kolonialisieren. Der sogenannte „Geist der Entspannung“, den vor allem die Revisionisten propagieren, ist der Geist der Fügung und Passivität, der darauf gerichtet ist, die revolutionäre Wachsamkeit der Völker abzustumpfen, sie zu zwingen, auf die Verteidigung ihrer nationalen Lebensinteressen zu verzichten und sie vor

In den Reisen eines Nixon, der die Welt in Blut erstickt und die amerikanische Mafia in dem äußerst schändlichen, ganz Amerika erschütternden Watergate-Skandal anführte? Ihnen soll man überlassen, die Zukunft der Welt zu sichern? Das wäre eine schöne Zukunft!

Wer natürlich tragischen Illusionen glaubt, dem steht es frei zu den Konferenzen von Wien, Helsinki oder sonstwohin zu gehen. Mögen sie miteinander palavern. Aber auch uns steht es frei, nicht zu diesen Konferenzen zu gehen, und wir gehen auch nicht hin. Auf diesen Beratungen und Konferenzen fehlen nicht nur wir, sondern auch die Völker, und das zählt für uns.“

Diese eindeutige Haltung unserer Partei, unserer Regierung und unseres Volkes zu der „Europäischen Sicherheit“ entspricht den hohen Interessen nicht nur Albaniens sondern auch der Sache der Verstärkung des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Offen und aufrichtig haben wir darauf hingewiesen, daß sich die souveränen Staaten auf keinen Fall von den Plänen der Revisionisten und Imperialisten ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, da diese Pläne ihrer nationalen Souveränität und der Sicherheit der Völker schaden.

Viele Teilnehmerländer, die zu diesen Verhandlungen in der Hoffnung gingen, daß dort ein gleichberechtigter Dialog zwischen den Staaten stattfände, um europäische und internationale Fragen zu regeln, wurden bitter enttäuscht. Aber sie waren nun einmal in den von den Sowjets und Amerikanern angeführten Tanz hineingeglitten und sie konnten nicht mehr aus der Reihe tanzen. Sogar viele ihrer Forderungen und Bemühungen um Prozedurfragen und einige genauere Formulierungen wurden von den Supermächten arrogant abgelehnt und brutal unterdrückt.



Genosse Enver Hoxha mit Soldaten der albanischen Volksarmee

den Angriffen der beiden Supermächte politisch und geistig unbewaffnet zu lassen.

Es existierte in Europa eine alte Illusion, die es sehr teuer zu stehen kam. Viele Politiker waren der Ansicht, daß man den Aggressoren auf diesem Kontinent Zugeständnisse machen könnte, um den Krieg auf weit entfernte Wege abzulenken. Die Geschichte hat jedoch bewiesen, daß der Frieden unteilbar ist. Unter den Bedingungen der heutigen Welt hat sich das noch mehr bewahrheitet. Die Aggressoren hat man niemals durch Konzessionen und Zugeständnisse und noch weniger durch Illusionen aufhalten können und man wird sie auch niemals damit aufhalten können. Der Rückzug hat den Appetit jener, die auf Angriff und Okkupation aus waren, nur noch mehr gereizt.

Die wirkliche Entspannung, das Bannen der Kriegsgefahr, können nicht durch Illusionen und Hoffnungen erlangt werden, die auf der „Vernunft“ und dem „Realismus“ der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten beruhen. Sie bilden ein Ziel, das die Völker selbst verwirklichen müssen, indem sie die Hegemonie- und Expansionspolitik der Supermächte bekämpfen, ihre diplomatischen Schwindelmanöver entlarven und durchkreuzen, die von ihnen verbreitete falsche pazifistische Psychose vereiteln, den Willen zur Verteidigung der Freiheit und der nationalen Würde der Völker und unabhängigen Staaten verstärken und vor allem den revolutionären Geist und die internationale Einheit des Proletariats und der Werktätigen auf der ganzen Welt festigen.

In seiner Rede vor den Wählern am 3. Oktober des vergangenen Jahres hat Genosse Enver Hoxha gesagt: **„Worin liegt die Sicherheit der Völker Europas und der Völker der Welt? In den offenen und geheimnisvollen Reisen, die ein gewisser Kissinger oder ein gewisser Gromyko unternimmt, oder in den Schachereien eines Breschnew, der das Blut des Sowjetvolkes und anderer Völker fließen läßt?**

Der wirkliche Frieden und die wirkliche Sicherheit Europas können kein Geschick der Supermächte sein. Sie können nicht durch einige wertlose Papierfetzen, durch demagogische Erklärungen und betrügerische Versprechungen der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten verbürgt werden. Vor allem müssen die ausländischen Militärstützpunkte und Truppen, die sich noch immer in mehreren Ländern Europas befinden, abgezogen werden. Die Politik der Aufrüstung, der Drohungen und der militärischen Erpressungen der beiden Supermächte muß bekämpft und entschieden verworfen werden. Die aggressiven Blöcke und die anderen Abmachungen, die die USA und die Sowjetunion ausnützen, um ihre Politik der Beherrschung und der Unterwerfung der europäischen Völker fortsetzen zu können, müssen aufgelöst werden. Gewiß sind die Drohungen und Gefahren groß. Man darf sie aber nicht fatalistisch als unvermeidlich betrachten. Die Anstrengungen der Völker werden gewaltig sein, aber sie können vom Sieg gekrönt werden, wenn man die pazifistischen Illusionen, die Lügen und den Schwindel der Imperialisten und Revisionisten mit Nachdruck verwirft, wenn man die Ketten zerschmettert, in die die beiden Supermächte die Völker Europas legen wollen.

Entspannung zwischen den Völkern auf der einen und den amerikanischen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten auf der anderen Seite kann es niemals geben, wie es auch keinen wirklichen Frieden und keine wirkliche Sicherheit geben kann, solange die gegenwärtige Hegemoniepolitik der Supermächte existiert. Frieden und Sicherheit, Entspannung und Zusammenarbeit sind Fragen, die nur von den Völkern durch einen ständigen, konsequenten und entschlossenen Kampf gegen jene imperialistischen und expansionistischen Kräfte gelöst werden müssen und können, die den Ländern und Nationen das Teuerste rauben wollen: ihre Freiheit und Unabhängigkeit, ihre Zukunftsaussichten.

Erpressungen und Schmeicheleien der Revisionisten verfangen in Albanien nicht

Kurz vor dem Abschlußgipfel der KSZE erschien in „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, ein Artikel, in dem die albanischen Genossen noch einmal die Prinzipien der Außenpolitik der VR Albanien zusammenfassen. Gleichzeitig erteilen die albanischen Genossen in diesem Artikel erneut den russischen Sozialimperialisten eine klare Abfuhr, die nach wie vor Versuche starten, die VR Albanien in ihre Komplotte zu verwickeln.

Seit langem schon erscheinen in der Presse der sowjetischen und der anderen Revisionisten häufig Aufsätze über Albanien. In einigen wird für die Vorteile Reklame gemacht, die Albanien angeblich in der Vergangenheit aus den Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Ländern gezogen habe und empfohlen, den Handel mit ihnen auszubauen. In anderen Beiträgen wieder werden die Vorteile hervorgehoben, die unser Land genießen würde, falls es eine gemeinsame Sprache mit diesem oder jenem Staat finden und falls es diese oder jene strikte Haltung abändern würde. Es gibt darunter sogar Artikel, in denen versucht wird zu zeigen, wie unsere Verteidigungspolitik aussehen müsse und vor was wir uns schützen sollten.

Was aber hinter diesen Wünschen steckt, weiß unser Volk ziemlich genau. Es ist nicht nur einmal, sondern unzählige Male auf die verhaßte und teuflische Politik der Revisionisten gestoßen, sowohl die des Lächelns und der Schmeicheleien als auch die der Erpressung und der Blockaden. Unsere Antwort darauf aber war strikt und entschieden. Albanien hat sämtliche feindliche Taktiken und Handlungen der Revisionisten zerschmettert und großartige Erfolge bei der Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit und beim Aufbau des Sozialismus errungen. Albanien hat Chruschtschow und Mikojan die Stirn geboten und sie auf ihre Plätze verwiesen. Menschen also, die in der Geschichte der internationalen Politik als führende Verräter am Marxismus-Leninismus berüchtigt waren und durch wirtschaftliche und politische Blockaden versuchten, dem sozialistischen Albanien den Mund zu stopfen und es abzuwürgen, weil es den Mut hatte, den Marxismus-Leninismus mit höchster Entschlossenheit zu verteidigen.

Albanien ist auf der ganzen Welt bekannt, geschätzt und geachtet. Seine Freunde und Sympathisanten die in Millionen in allen Kontinenten zählen, werden immer mehr. Die internationale Stellung Albaniens ist unerschütterlich und unverbrüchlich. Eine große, auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruhende Freundschaft verbindet Albanien mit Volkschina.

Die Politik unserer Partei ist eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Politik, die sich weder auf das konjunkturelle Auf und Ab, noch auf die Tageserfordernisse stützt. Es ist die Politik eines freien und unabhängigen sozialistischen Landes, das seine hohen Interessen tapfer und entschieden verteidigt und mit all seinen Kräften für den Fortschritt und die wirkliche Emanzipation der Völker, für die Freiheit und Demokratie aller Länder eintritt und kämpft.

Wir respektieren und achten jene Regierungen und Länder, die eine unabhängige und souveräne Politik, entsprechend den Interessen ihrer Völker, des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Sicherheit betreiben und die sich vor der Willkür und dem Diktat der beiden Supermächte nicht beugen. Die Volksrepublik Albanien befürwortet auf der internationalen Arena alle konkreten Haltungen jener Staaten und Länder, die für die Wahrung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität, für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen.

Es gibt aber kleinere und mittlere Staaten, die in der Tat keine unabhängige Politik verfolgen, sondern sich auf die Kredite der USA und der Sowjetunion sowie auf die Schwankungen der Politik der beiden Supermächte stützen.

Die Politik unseres Landes ist der Politik dieser Staaten völlig entgegengesetzt. Die Politik Albaniens hängt weder von Krediten noch vom Handel ab. Die Kredite, die die Volksrepublik Albanien erhalten hat und der Handel, den sie betrieben hat, haben keinen einzigen Augenblick und in keinerlei Fragen ihre korrekte, prinzipienfeste und revolutionäre Politik beeinflußt.

Wer der Meinung ist, daß Albanien seine marxistisch-leninistische Politik ändert, weil es irgendeinem Staat 1 000 Tonnen Chromerz mehr und einem anderen 100 Tonnen Tabak weniger verkauft, der irrt sich gewaltig und sieht nur seine eigene Nasenspitze. Auch wer der Ansicht ist, daß Albaniens Politik im Allgemeinen und die albanische Verteidigungspolitik im Besonderen die auf der wirklich marxistisch-leninistischen Analyse beruht, um richtig und genau die Feinde Albaniens zu bestimmen, von den Schwankungen der Politik verschiedener revisionistischer Staaten abhängt, der ist blind.

Die Verteidigung des sozialistischen Albaniens stützt sich auf die Bewaffnung des ganzen Volkes, das zugleich Soldat ist, auf seine Entschlossenheit und Bereitschaft zu jedem Opfer, um seine Unabhängigkeit, die Errungenschaften der Volksrevolution und des sozialistischen Aufbaus mit allen Mitteln und bis zuletzt zu verteidigen.

Albanien verfolgt eine Politik der guten Nachbarschaft mit den verschiedenen Staaten aufgrund der Prinzipien der Nichteinmischung, der Gleichheit und der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, so wie es Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vor den Wählern am 3. Oktober des vergangenen Jahres erklärt hat. Diese korrekte marxistisch-leninistische Politik macht die VR Albanien zu keiner Handelsware und zu keinem Gegenstand von Diskussionen.

Kein Grund kann sie bewegen, die Ausgewogenheit ihrer Politik zu stören, aber sie erlaubt auch nicht, daß irgendein wegen seiner betrügerischen Propaganda berüchtigter Staat den Wunsch unseres Landes nach guter Nachbarschaft so auslegt, als wäre das angeblich ein Ergebnis der ‚Auflockerung' unserer Haltung, ein Ergebnis irgendeiner politischen oder ideologischen ‚Änderung der Linie“ des Staates der Diktatur des Proletariats in Albanien. Ganz besonders dürfen jene, denen Albanien ein Dorn im Auge ist, die davon träumen, man könnte unserem Land eine revisionistische Handelspolitik aufzwingen, sich keinen Illusionen hingeben.

‚*Unsere Politik,*' hat Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vom 3. Oktober 1974 gesagt, *entspricht den Interessen der Völker und nicht denen von Cliquen und Ideologien, die die Völker unterdrücken. Wir suchen die Freundschaft dieser Völker und nicht die ihrer Unterdrücker. Dies ist keine zeitweilige Politik, sondern die Politik der proletarischen Prinzipien. Sie entspricht nicht der Geheimdiplomatie, den Packeleien hinter den Kulissen, geheimnisvollen Verhandlungen, der Verschacherung der Interessen des eigenen Landes und anderer Länder. Die Politik unseres Landes ist nicht die Politik von Staaten, die hundert Fahnen in der Hand haben. Unsere Volksrepublik senkt ihre Fahne vor keinen Drohungen und Abschreckungsversuchen und auch nicht vor Rubeln und Dollars.*'

Albanien war noch jung und hatte sich noch nicht ganz emporgerichtet, als es den revisionistischen Stürmen und den allseitigen Interventionen und Erpressungen verschiedener Feinde standhielt. Jetzt ist es jedoch wirtschaftlich und ganz besonders politisch und ideologisch gefestigt. Deshalb schreitet Albanien, stolz auf seinen Weg, von der Richtigkeit dieses Weges fest überzeugt und sicher, daß es keine Kraft gibt, die es unterwerfen oder veranlassen kann, seinen politischen und ideologischen Kurs zu ändern. Wie in der Vergangenheit wird auch heute der internationalistische Geist Albaniens niemals erlöschen und niemals wird es unserem Land an dem Gefühl der kämpferischen Solidarität mit all den für Revolution, Sozialismus, nationale Befreiung und Demokratie Kämpfenden fehlen.

Albanien hat stets den Beweis geliefert, daß es seine marxistisch-leninistischen Freunde in den für sie schwierigen Zeiten treu verteidigt. Es betrachtet dies als eine Aufgabe, die die große und gemeinsame Sache des Kommunismus stärkt. Unser Land hat mit dem Blut seiner besten Söhne, die es entsandte, um zur Befreiung der Brudervölker beizutragen, bewiesen, bis zu welchem Grad es mit den Völkern, die gegen den Faschismus kämpften, solidarisch ist und wie es die gemeinsame antifaschistische Sache unterstützte. Auch in Zukunft wird das albanische Volk auf diesem Weg weiterschreiten mit derselben Entschlossenheit und Konsequenz.

Die Imperialisten, die Revisionisten und ihre Bundesgenossen sollen sich durchaus darüber im Klaren sein, daß das albanische Volk und seine Partei sich niemals in die Fallen haben locken lassen, in die sie sie hineinsperren wollten, um sie besser erwürgen zu können, und daß sie sich auch in Zukunft nicht von ihnen betrügen lassen werden. Die Imperialisten, die Revisionisten und ihre Nachbeter waren und bleiben die geschworenen Feinde unseres Landes und des Sozialismus in Albanien, Feinde des Leninismus, der Revolution und der Befreiung der Völker. Unsere Partei hat eindeutig erklärt, daß wir uns nie mit ihnen aussöhnen werden, daß wir niemals ihre Freunde, sondern immer ihre Gegner sein werden.



NR. 7 ERSCHIENEN
Erscheint 14tägig.
Einzelheft: 2 DM.
Vierteljahresabonnement: 12 DM.
Zu bestellen bei:
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746
Den Betrag für das Vierteljahresabonnement bitte auf das Bankkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse Nr. 850 060 überweisen.

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

BIELEFELD

In Bielefeld findet zur Zeit ein Prozeß gegen die Genossen Wolfram und Christel G. statt, in dem vier verschiedene Anklagen gegen die Genossen verhandelt werden. Daß hier ein Terrorurteil gegen die Genossen gefällt werden sollte, zeigte sich gleich am ersten Verhandlungstag, als der vorsitzende Richter sagte: „Wenn Sie denken, Sie können das hier so abziehen wie in Stuttgart, dann irren Sie sich. Ich heiße nicht Prinzing, der für jeden Beschluß drei Stunden Beratung braucht. Ich bin gut vorbereitet."

Und so wie der Richter alle Beschlüsse gegen die Genossen fix und fertig aus der Tasche zog, hatte er auch einen Beschluß über vier Tage Ordnungshaft gegen beide Genossen am dritten Verhandlungstag parat. Genossin Christel schrieb uns über diesen Prozeßtag aus dem Gefängnis: „Wolfram und ich sind während unseres Prozesses am Donnerstag für 4 Tage in Haft gekommen. Die Prozesse waren nicht schlecht besucht. Es waren gut 40 Zuschauer da, darunter verschiedene Kollegen, die durch die Hetzartikel in der Zeitung auf die Prozesse aufmerksam geworden waren und jetzt selbst sehen wollten, was sich dort eigentlich abspielt. Auch viele Jugendliche, die bisher noch keinen festen Kontakt zur Roten Garde hatten, waren da. Ebenso Genossen der RHD, der GRF und der Liga."

Die Genossin berichtet dann, daß gegen Genossen Wolfram vom Richter 4 Tage Ordnungshaft verhängt werden, weil er sich, als es darum geht, zu beweisen, daß Genosse Günter tatsächlich von der Polizei ermordet wurde, nicht das Wort verbieten läßt. Die Genossin fährt fort: „Wolfram wird wieder, wie schon damals bei der Trauerkundgebung zu Ehren des Genossen Günter mit einer Knebelkette abgeführt, obwohl Handschellen da sind!" Genosse Wolfram ist gleichzeitig Rechtsbeistand seiner Frau, aber er darf trotzdem nicht im Gerichtssaal bleiben, als die Verhandlung gegen sie weitergeführt wird.

Die Genossin stellte anschließend Beweisanträge dazu, daß die Polizei tatsächlich prügelt und mordet. Dazu der Richter: „Es ist doch klar, daß die Polizei prügelt, man kann auch sagen, daß dabei manchmal Leute tot gehen. Aber das interessiert doch gar nicht. Man kann doch überall lesen, daß die Polizei schlägt, man kann auch von Mord schreiben, aber Sie schreiben das ja anders." Was der Richter damit meinte, war, daß man ruhig einen Mord anprangern kann, wenn man ihn als „Einzelfall" hinstellt, daß man aber nicht schreiben darf, daß die Polizei im Auftrag der Bourgeoisie die Werktätigen unterdrückt und daß es gegen diesen Unterdrückerstaat nur einen Ausweg gibt, die proletarische Revolution. Als die Genossin in einer Erklärung zu diesen Äußerungen des Richters zum zweiten Mal von Revolution gesprochen hatte, wurde auch sie zu vier Tagen Ordnungsstrafe verurteilt. Wie schon bei Wolfram, zog der Richter auch hier einen fertigen Beschluß aus der Tasche.

Genossin Christel schreibt: „Unter den Zuschauern war große Empörung. Ein Zuschauer kommt zu mir, als ich abgeführt werde und sagt, er hätte in Frankfurt auch schon mal vor dem Richter gestanden wegen einer Schlägerei mit der Polizei. Ich sollte mich nicht unterkriegen lassen. Als ich weggebracht wurde, grüßten die Genossen mit „Rotfront" und es wurde gerufen: „Freiheit für alle politischen Gefangenen!" – und „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!"." Der Prozeß in Bielefeld wird fortgesetzt.

BREMEN

Liebe Genossen, Genossin Silke, die zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt worden war, weil sie angeblich einen Roten Morgen zum Mord an Genossen Günter verkauft haben soll, muß jetzt, am Montag, den 4. 8., den Arrest antreten. Das wurde der Genossin erst vor wenigen Tagen mitgeteilt. Der Revisionsantrag ist verworfen worden. Die Genossin ist gezwungen, die Haftstrafe pünktlich anzutreten, da sonst der Antritt einer Lehrstelle gefährdet wäre. Während der Zeit, in der die Genossin inhaftiert ist, werden wir in dieser kleinen Ortschaft Bremens verschärft Agitation und Propaganda betreiben. Wir werden auch versuchen, mit Genossin Silke ständigen Kontakt zu halten, was nicht einfach sein wird, da die Besuchsbedingungen äußerst scharf sind. Nur in Ausnahmefällen sind auf besonderen Antrag hin Besuche möglich („bei besonderer Notwendigkeit".) Es wäre sehr gut, wenn Silke häufig Post von Genossen aus dem ganzen Land bekommen würde:

Die Adresse lautet: Silke Jeroma, Jugendarrestanstalt, 28 Bremen-Lesum, Hindenburgstr. 32.

* * * * *

Wir möchten an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß uns die Genossen, die wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag im Gefängnis sind, gebeten haben, die Leser des Roten Morgen zu bitten, ihren Briefen Rückporto beizulegen, da es den Genossen sonst nicht möglich ist, die Post zu beantworten, was sie aber gerne tun möchten. – Redaktion des Roten Morgen.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MELDORF/DITHMARSCHEN

Am 11. 6. 75 fand in Meldorf/Dithmarschen ein Prozeß gegen den Genossen Lutz statt, der an der Trauerfeier zu Ehren des Genossen Günter Routhier teilgenommen hatte. Genosse Lutz war bei dem Trauerzug mit einer ganzen Hundertschaft gejagt worden, weil er angeblich einen Aufkleber geklebt haben soll. Im Prozeß wurde der Genosse jetzt wegen „Widerstand" und „Körperverletzung" zu 6 Tagen Jugendarrest verurteilt. Vor dem Prozeß hatte Richter Müller die Mutter des Genossen nach seiner politischen Einstellung ausgefragt.

MICHELSTADT/ODENWALD

am 4. 6. 75 fand in Michelstadt/Odenwald ein Prozeß gegen die Mainzer Genossin E. R. statt. Sie war im Juli 1974 in Erbach/Odenwald festgenommen worden, weil sie angeblich Klebezettel zum Mord an Genossen Günter verklebt haben soll. Während ihrer Abwesenheit wurde ihre Wohnung in Mainz von der Polizei aufgebrochen, die Wohnung durchwühlt und ein neues Schloß eingesetzt. Drei Tage konnte sie nicht in ihre Wohnung, bis die Polizei endlich den Schlüssel herausgab.

Die Rote Garde Mainz setzte damals alles daran, um diesen faschistischen Terror zu entlarven. So konnte u. a. erreicht werden, daß die Zeitung der ÖTV-Betriebsgruppe an den Uni-Kliniken einen Artikel dazu brachte.

Zum Prozeß schloß die Rote Garde Mainz eine Aktionseinheit mit der RHD-Initiativgruppe und der GRF (KPD). Zum Prozeß selber kamen 20 – 25 Genossen. Die Genossin, die vor Gericht Anklage gegen den Mord an Genossen Günter erhob, erhielt von den Zuschauern Unterstützung durch Beifall und Zwischenrufe. Zeitweilig sah sich sogar der Staatsanwalt gezwungen, Fragen aus der Öffentlichkeit zu beantworten. Während der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 300 DM forderte, sah sich das Gericht gezwungen, die Genossin freizusprechen. Der Richter begründete den Freispruch damit, daß angesichts der Tatsache, daß auf dem Kleber die Polizei nur allgemein genannt sei, der Tatbestand der Beleidigung nicht erfüllt sei, da von Beleidigung nur gesprochen werden könne, wenn jemand konkret beleidigt werde.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

Prozeß gegen Gen. Ernst Aust

Am 20. 8. und 22. 8. 1975 wird ein Prozeß gegen Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei stattfinden. Genosse Ernst ist angeklagt wegen eines Interviews, das im Roten Morgen zu den Beschlagnahmungen verschiedener Nummern des Roten Morgen abgedruckt war und wegen antimilitaristischer Artikel des Roten Morgen im Jahre 1972 als Genosse Ernst noch presserechtlich verantwortlicher Redakteur war. Die Verhandlung findet statt vor dem Landgericht Hamburg im Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3, Zimmer 378.

Heinz Baron verhaftet

Seit dem Roten Antikriegstag 1972 in München, bei dem Genosse Heinz Baron festgenommen wurde, muß er sich einmal in der Woche bei der Polizei melden. Als Genosse Heinz wie üblich am 4.8.75 auf der Polizeiwache in Dortmund erschien, wurde er verhaftet. Die Staatsanwaltschaft in München hatte den Haftbefehl gegen Heinz, der außer Vollzug gesetzt war, unter einem Vorwand wieder in Kraft gesetzt und befohlen Genossen Heinz bei seinem nächsten Meldetermin auf der Polizeiwache in Dortmund zu verhaften.



Genosse Heinz war, weil er wie 6000 andere Menschen an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen hatte, festgenommen und erst vor dem Amtsgericht und dann vor dem Landgericht München zu 16 Monaten Gefägnis ohne Bewährung verurteilt worden. Obwohl das Gericht noch bei der Berufungsverhandlung im letzten Herbst feststellte, daß keine Fluchtgefahr bestünde, ließ es dennoch den Haftbefehl gegen Heinz bestehen, um ihn unter Druck zu setzen und – wie man jetzt sieht – ihn jederzeit einfach verhaften lassen zu können.

Anlaß dafür, daß der Haftbefehl wieder in Vollzug gesetzt wurde, war die Tatsache, daß Genosse Heinz in Urlaub gefahren war und sich deshalb auch nicht in jeder Woche bei der Polizei melden konnte. Auf einmal, obwohl Heinz auch im letzten und vorletzten Jahr Urlaub gemacht hatte, sah die Staatsanwaltschaft München darin einen Grund, Genossen Heinz ins Gefängnis zu stecken, obwohl das Urteil gegen ihn noch nicht rechtskräftig ist. Heinz erhielt den Bescheid über die neue Invollzugsetzung des Haftbefehls während des Urlaubs.

Aber wenn die Staatsanwaltschaft geglaubt hatte, sie könnte so Heinz und die Partei, mit der er gekämpft hat und weiter kämpfen wird, überrumpeln, so wurden ihre Hoffnungen zerschlagen. In Dortmund, wo Heinz wohnt, erschien ein gemeinsames Flugblatt der KPD/ML und der Roten Hilfe Deutschlands, das an den Betrieben und in der Stadt verteilt wurde. Es wurden Hausbesuche gemacht in dem Viertel, in dem Heinz wohnt und dort, wo er für die Landtagswahlen in NRW kandidiert hat. In seinem Wahlkreis konnte die RHD in zwei Tagen 36 DM zur Unterstützung von Heinz sammeln. Am Sonntag Abend fand in Dortmund eine Veranstaltung statt, auf der auch Genosse Heinz sprach. Am Montag, dem Tag, an dem er sich wieder bei der Polizei melden mußte, fanden vorher in der Stadt zwei Kundgebungen statt. Auf der ersten sprach auch Genosse Heinz noch einmal zur Dortmunder Bevölkerung und erklärte, warum ihn die bürgerliche Klassenjustiz ins Gefängnis werfen wird.

Wenn Genosse Heinz auch verhaftet wurde, der Kampf für die Aufhebung seines Haftbefehls und für die Freiheit aller anderen gefangenen Kämpfer des Roten Antikriegstages wird weitergehen!

(s. auch Interview mit Genossen Heinz in der Beilage „Die Rote Garde").

Bernd Reisser im Gefängnis

Am 31. 7. wurde Genosse Bernd Reisser, Mitglied der Zentralen Leitung der Roten Hilfe Deutschlands, in seinem Betrieb, der Küche der Münchener Universitätsklinik von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis nach Stadelheim gebracht. 1 Jahr soll er nun wegen seiner Teilnahme an der ROTEN ANTIKRIEGSTAGS-DEMONSTRATION hinter Gitter gesperrt werden.

Ebenso wie die anderen Gefangenen des RAKT, die Genossen Hubert Lehmann, Peter Bayer und Schorsch Schmidt war Genosse Bernd zum Haftantritt nicht freiwillig gefolgt, sondern hatte der Polizei erklärt: „Wenn ihr was von mir wollt, dann müßt ihr mich schon holen". Über 2 Monate brauchte die Bourgeoisie nun, um die Strafe zu vollstrecken. Wie auch bei den anderen Genossen nutzten die KPD/ML und die Rote Hilfe Deutschlands diese Zeit besonders, um die Solidarität mit den Genossen zu organisieren und überall zu verbreiten, daß hier junge Kommunisten eingesperrt werden, allein deshalb, weil sie treu zur Sache der Arbeiterklasse stehen . . .

„ . . . er wurde verurteilt aufgrund seiner Emotionen für die Freiheit des Volkes und gegen die Unterdrückung in unserem ‚angeblich freiheitlichen Rechtsstaat", schrieben die Kollegen von Bernd in einer Protesterklärung. „Wir halten Dich auf keinen Fall für einen Verbrecher – ob Du nun damals vorne dabei warst oder nicht – Laß Dich nicht entmutigen, bleib so wie Du bist!" schrieben die Freunde von Peter Bayer ihm ins Gefängnis.

Im Laufe der letzten Wochen haben verschiedene Ortsgruppen der RHD auch besonders erfolgreiche Haussammlungen für die Genossen gemacht.

All das beweist: Die Bourgeoisie befindet sich in einem großen Irrtum, wenn sie glaubt, die Genossen einschüchtern zu können. Nicht umsonst hat auch der Gründungskongreß der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS den Genossen Bernd gerade wegen seines mutigen Kampfes gegen die Klassenjustiz zum Mitglied der Zentralen Leitung der RHD gewählt, obwohl klar war, daß er bald ins Gefängnis muß. Heute sind wir sicher, daß auch die Gefängnismauern ihn nicht daran hindern werden, seine Pflichten als Kommunist, als Roter Helfer, als Mitglied der Zentralen Leitung der RHD gewissenhaft zu erfüllen.



In wenigen Wochen steht erneut der Rote Antikriegstag, der Kampftag gegen den imperialistischen Krieg bevor. Erneut versucht die Bourgeoisie ihn durch Schikanen und Verbot zu unterdrücken. Sollte sie es wagen, ihn zu verbieten, so können wir ihr schon heute sagen: dann wird sie Tausende Kämpfer vor sich haben, die mit dem Mut und der Standhaftigkeit, die unsere Genossen in Haft uns ein Beispiel gegeben haben, dem Terror der Bourgeoisie entgegentreten werden.

Die ZL der RHD ruft alle Kollegen, Freunde und Genossen auf, jetzt bei den Vorbereitungen des Antikriegstages stets auch an die Genossen in Haft zu denken und Solidaritätsaktionen durchzuführen und insbesondere auch den Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha zu verstärken.

FREIHEIT FÜR ALLE KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGES!

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Rot Front!
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands
2. 8. 1975

Polizei durchsucht Duisburger Parteibüro

Am 28. Juli haben sechs Beamte des Duisburger 14. – politischen – Kriminalkommissariats zwei Stunden lang die Räume unseres Duisburger Parteibüros durchsucht. Die Durchsuchung erfolgte auf Antrag der Staatsanwaltschaft Duisburg und richtete sich gegen den ROTEN MORGEN, DIE ROTE GARDE, Zeitung der Jugendorganisation der KPD/ML und gegen Flugblätter, Plakate und Wandzeitungen, die anläßlich des ersten Todestages der Ermordung des Genossen Günter Routhier im Schaufenster des Parteibüros ausgestellt waren.

Während der Durchsuchung beschlagnahmten die Polizisten insgesamt neunzig Zeitungen und Plakate und ließen darüber hinaus das Büro von zahlreichen zivilen und uniformierten Beamten ‚absichern', obwohl zur Zeit der Durchsuchung nur zwei Genossen im Parteibüro anwesend waren.

Gleichzeitig versiegelten die Polizisten einen Schrank mit einer großen Anzahl von Medikamenten. Diese Medikamente waren das Ergebnis der u. a. auch im ROTEN MORGEN öffentlich angekündigten Sammlung der Partei, der GRF (KPD), der Föderation Iranischer Studenten und anderer Organisationen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman.

Trotzdem behaupteten die Polizisten unverschämt, daß die Medikamente möglicherweise aus einem Apothekeneinbruch stammen könnten und daß Kinder durch sie gefährdet werden könnten. Besonders infam ist auch, daß sie behaupteten, daß die Genossen O. Hübner und M. Tuschen, die beide Medizin studieren, die Medikamente aus dem Essener Klinikum gestohlen haben könnten. Ganz offensichtlich versuchen die Polizei und die Justiz damit unverhohlen die beiden Genossen, die auch Zeugen für den Mord an Genossen Günter Routhier sind, einzuschüchtern und sie als „Kriminelle" unglaubwürdig zu machen.

Unsere Partei hat in einer Presseerklärung gemeinsam mit der GRF (KPD) und der Föderation Iranischer Studenten diesen unverschämten Anschlag enthüllt und dagegen protestiert.

Der Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz und der Polizei, durch solche terroristischen Anschläge unsere Partei einzuschüchtern oder zum Schweigen zu bringen, ist zum Scheitern verurteilt. Auf einer Versammlung, die am 2. August im Parteibüro abgehalten wurde, und zu der 20 Menschen gekommen waren, wurden für die Unterstützung des Kampfes der Partei 310 DM gespendet.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Gipfelkonferenz der OAU in Kampala

Die Völker Afrikas stürmen vorwärts

Vom 18. – 28. Juli tagte in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, die 25. Beratung des Ministerrates der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Diese Tagung bereitete die 12. Gipfelkonferenz der Staaten der OAU vor, die anschließend ebenfalls in Kampala begann. Beide Tagungen fanden in einer ausgezeichneten Lage für die Völker und Nationen Afrikas in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemoniestreben statt und standen im Zeichen der weiteren verstärkten Einheit der afrikanischen Völker und Nationen in diesem Kampf.

Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden – auch auf dem afrikanischen Kontinent. Und nichts dokumentiert dies besser, als die Tatsache, daß auf der 1. Sitzung des Ministerrates der OAU vier neue, unabhängige Staaten Afrikas als Vollmitglieder aufgenommen werden konnten: die Volksrepublik Mosambik, die Republik der Kapverdischen Inseln, die Demokratische Republik von Sao Tome und Principe und die Republik der Komoren. In ihren Begrüßungsansprachen feierten die Teilnehmer der Tagung des Ministerrates die Unabhängigkeit dieser Staaten als das Ergebnis des entschlossenen Kampfes und besonders des bewaffneten Kampfes der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus.

Die afrikanischen Völker sind entschlossen, ihren Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus zu verstärken. „Unsere Aufgabe", erklärte der algerische Präsident Boumedienne deshalb vor der Gipfelkonferenz, „ist es, ständig darauf hinzuarbeiten, auch die letzten Überbleibsel des Rassismus und Kolonialismus aus Afrika hinwegzufegen."

In diesem Geist verabschiedete die Gipfelkonferenz der OAU eine Resolution, in der die Mitgliedsländer aufgerufen werden, den Völkern von Azania, Namibia und Simbabwe die notwendige Hilfe zu leisten, damit sie den bewaffneten Kampf gegen die weißen rassistischen Regimes verstärken können und in der bekräftigt wird, daß der bewaffnete Kampf dieser Völker gegen seine Unterdrücker berechtigt ist, um die Macht zu ergreifen.

Die afrikanischen Staaten bekräftigten außerdem die Einheit zwischen den afrikanischen und arabischen Völkern indem sie in einer Resolution über den Nahen Osten den arabischen Staaten und vor allem der Revolution des palästinensichen Volkes in ihrem Kampf gegen die israelischen Zionisten ihre Unterstützung zusicherten. In der Resolution heißt es, daß in der UNO verstärkter Druck auf die israelischen Zionisten ausgeübt werden soll, „einschließlich der Möglichkeit, ihm eventuell die Mitgliedschaft zu entziehen." Auf der Gipfelkonferenz wurde auch unterstrichen, daß die Zusammenarbeit zwischen der Arabischen Liga und der OAU, zwischen den arabischen und afrikanischen Staaten und Völkern weiter verstärkt werden soll.

Dies ist auch ein Schlag gegen die Komplotte des Imperialismus und vor allem der zwei Supermächte, der amerikanischen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten, die sich nach Kräften bemühen, Zwietracht zwischen den angeblich „reichen" arabischen Ölländern und den „armen" afrikanischen Ländern zu säen.

DER BEWAFFNETE KAMPF FÜHRT ZUR BEFREIUNG: IM SÜDLICHEN AFRIKA

Noch während der Ministerrat der OAU in Kampala tagte, trat das Oberhaupt der weißen südafrikanischen Kolonialherren, Vorster, mit einem neuen betrügerischen Vorschlag zur „friedlichen Lösung" des „Namibia-Problems" durch Verhandlungen an die Öffentlichkeit.

Vorster und Smith, der Chef der rhodesischen Rassisten, haben in den letzten Monaten immer wieder solche Vorschläge gemacht und dabei viel Lärm um ihre angebliche Bereitschaft zur „Aussöhnung" und zur „Entspannung" gemacht. Die südafrikanischen und rhodesischen Rassisten betreiben eine konterrevolutionäre Doppeltaktik, eine Taktik, die ein Zeichen ihrer Schwäche ist, ein Ausdruck der Schläge, die ihnen der bewaffnete Kampf der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe zugefügt hat und der Schwächung ihrer Position durch die großen Siege der Völker von Angola und Mosambik.

Die südafrikanischen und rhodesischen Rassisten wollen durch ihre Friedens- und Entspannungspropaganda die afrikanischen Völker in Sicherheit wiegen, Zwietracht und Spaltung unter ihnen säen und Zeit gewinnen.

Es ist nur die Kehrseite der Medaille, daß sie gleichzeitig ihre faschistische Herrschaft verstärken und den Kampf der Völker des südlichen Afrika mit grausamem Terror zu unterdrücken versuchen. Sie ließen z. B. Herbert Chitepo, Führer des Befreiungskampfes des Volkes von Simbabwe hinterrücks ermorden, sie haben das Abkommen von Lusaka in einen Fetzen Papier verwandelt und sich mit Waffen ausgerüstet wie niemals zuvor. Das sind ihre Taten und sie sprechen eine deutliche Sprache.

Die Völker des südlichen Afrika und ihre Befreiungsorganisationen haben aber die konterrevolutionäre Doppeltaktik der Rassisten durchschaut. Auch wenn sie Verhandlungen nicht prinzipiell abgelehnt und sie unter bestimmten Voraussetzungen geführt haben, haben sie stets erklärt, **daß der einzige Weg zur Befreiung der Völker des südlichen Afrika der Weg des bewaffneten Kampfes ist und sie haben diesen Kampf verstärkt und den Unterdrückern weitere harte Schläge versetzt.**

Die Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) hat den neuesten Vorschlag des Rassisten Vorster mit einem Ultimatum beantwortet und verlangt, daß sich die weißen Rassisten innerhalb von 2 Wochen vollständig aus Namibia zurückziehen, denn das „Namibia-Problem" besteht einzig und allein in ihrer Anwesenheit, ihrer Kolonialherrschaft. Die SWAPO hat gleichzeitig bekräftigt, daß sie entschlossen ist, den bewaffneten Kampf gegen die Rassisten bis zu Ende zu führen.



. . . UND IN DER WESTSAHARA.

Ebenso wie die Völker des südlichen Afrika hat auch das Volk der Westsahara in der letzten Zeit unter der Führung seiner Befreiungsorganisation FPOLISARIO den bewaffneten Kampf gegen seine Kolonialherren, die spanischen Faschisten verstärkt und ihnen harte Schläge versetzt. 60000 spanische Soldaten, eine Unmenge von Polizeiagenten und 35000 weitere Soldaten, die die Francofaschisten auf den nahegelegenen Kanarischen Inseln in Bereitschaft halten, haben den Haß des Volkes nur vergrößert. Während die Bevölkerung große Demonstrationen durchführte, wurde gleichzeitig der bewaffnete Kampf intensiviert und den Kolonialtruppen große Verluste zugefügt. **Das Volk der westlichen Sahara will frei leben und es ist entschlossen, seinen Kampf bis zum Abzug des letzten spanischen Soldaten fortzusetzen und dabei keine Opfer zu scheuen.**



Nach dem Sieg im Volkskrieg feiert das Volk von Guinea-Bissao seine Unabhängigkeit

WESTDEUTSCHE IMPERIALISTEN: FEIND DER VÖLKER DES SÜDLICHEN AFRIKA

Die Erfolge und der immer engere Zusammenschluß der afrikanischen Völker und Nationen haben den wütenden Haß der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte hervorgerufen, die sich nicht nur nach Kräften bemühen, die rassistischen Regimes am Leben zu erhalten (einerseits in die Entspannungspropaganda einstimmen und andererseits Waffen liefern), sondern auch alles versuchen, um die jungen afrikanischen Staaten unter ihre Kontrolle und Herrschaft zu bekommen.

So reiste am Vorabend der Gipfelkonferenz in Kampala der westdeutsche Außenminister Genscher in vier afrikanische Länder, wobei er die Absicht der Bundesregierung verkündete, mit den afrikanischen Ländern zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig aber ist es eine Tatsache, daß die Bundesrepublik und die westdeutschen Monopole ausgezeichnete Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den rassistischen Regimes in Rhodesien und Südafrika unterhalten und damit nicht nur Riesenprofite aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter ziehen, sondern auch eine der stärksten Stützen dieser Regimes sind. Der Staatspräsident von Tansania, J. Nyerere, hat in einem Interview mit dem „Spiegel" zu dieser Politik der Bonner Regierung erklärt: **„Man kann die Apartheid nicht verurteilen und glauben, man bekämpfe sie, wenn man gleichzeitig in Südafrika Geld investiert und mit dem Land handelt. (. . .) Wer in Südafrika investiert und Handel treibt, beteiligt sich an der Apartheid."** Und die SWAPO, die Befreiungsorganisation des Volkes von Namibia, erklärte aus diesem Grund, und weil die Bundesrepublik in Namibia ein Generalkonsulat unterhält und damit direkt die Kolonialherrschaft Südafrikas über Namibia anerkennt, die Bundesrepublik zum „Erzfeind des Volkes von Namibia". **Die westdeutschen Imperialisten sind Feinde der Völker des südlichen Afrika.**

Die größten Feinde der afrikanischen Völker sind aber die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten. Sie versuchen sich überall einzumischen und ihre Hand auf die Nationen zu legen, getrieben von ihrer Rivalität und ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Die amerikanischen Imperialisten geben nicht nur den südafrikanischen Rassisten Waffen und haben gerade erst versucht, durch einen Putsch die Kontrolle über Zaire zu bekommen, sie sind auch an den Ereignissen in Angola beteiligt.

Die sambische Zeitung „Daily Mail" schreibt zur Lage in Angola: **„Die Russen und Amerikaner sind jetzt tief in Angola eingedrungen und es besteht die Gefahr, daß sie ihre Einmischung intensivieren und den Krieg zwischen den angolanischen Bürgern anschüren."** Vor allem aber sind es zur Zeit die russischen Sozialimperialisten, die mit allen Mitteln den Bürgerkrieg in Angola schüren. In einem Kommentar schreibt die Nachrichtenagentur Hsinhua über die Methoden und die Taktik der russischen Sozialimperialisten.

DIE RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN SCHÜREN DEN KRIEG IN ANGOLA

„Um ihr Ziel, Angola zu kontrollieren, zu erreichen, haben die russischen Sozialimperialisten zu dem schmutzigen Trick Zuflucht genommen, Zwietracht zwischen den Befreiungsorganisationen zu säen. Sie mißachteten das Abkommen von Nakuru und die gleiche Behandlung der OAU für alle drei Befreiungsorganisationen. Ungeachtet der Tatsache, daß alle drei Befreiungsorganisationen den anti-imperialistischen und antikolonialistischen bewaffneten Kampf geführt haben, klassifizierten die russischen Sozialimperialisten sie boshaft in revolutionäre, nichtrevolutionäre und sogar konterrevolutionäre, mischten sich in die inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes ein und hetzten die einen gegen die anderen auf. Das ist die Wahrheit über die kürzlichen schamlosen Prahlereien der sowjetischen Revisionisten, daß sie ‚den nationalen Befreiungsbewegungen beständig allseitige Hilfe gewährt hätten'.

Und was noch ernster ist, ist, daß sie sofort nachdem die drei angolanischen Befreiungsorganisationen das Abkommen von Nakuru unterzeichnet haben, eine große Anzahl schwerer Waffen nach Angola gebracht haben, um den Bürgerkrieg zu schüren und die Einheit des angolanischen Volkes zu unterminieren. Ihre kriminellen Taten werden sicherlich den Zorn des angolanischen Volkes hervorrufen und es im Kampf gegen den Feind zusammenschließen. Es sind die russischen Sozialimperialisten selbst, die die Flammen des Krieges in Angola gezündet haben, aber um ihre Untaten zu verhüllen, greifen sie zu dem schmutzigen Trick des Diebes, der ‚Haltet den Dieb!' ruft und greifen GChina und einige afrikanische Länder an und verleumden sie, indem sie ihre Propagandamaschine in Bewegung setzen."

Das angolanische Volk wird es aber nicht zulassen, daß die russischen Sozialimperialisten die Früchte des Befreiungskampfes des Volkes an sich reißen und die alte Kolonialherrschaft mit einer neuen vertauscht wird. So erklärte die angolanische Jugend, daß sie „die Prager Tragödie nicht so bald vergessen wird". Und als vier russische Schiffe im Hafen von Luanda Panzerfahrzeuge und Waffen, getarnt als „Medizin" entluden, erhob sich unter der Bevölkerung starker Protest. Mag die Lage jetzt auch schwierig und kompliziert sein, das angolanische Volk wird diese Schwierigkeiten sicher überwinden und ebenso wie die afrikanischen Völker und Nationen im Kampf für seine Freiheit und Unabhängigkeit, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus den Sieg erringen.

Aus aller Welt

SPANIEN/KOLUMBIEN

„Vanguardia Obrera", das Organ des ZK der KP Spaniens/ML meldet, daß in der letzten Zeit ein Treffen zwischen einer Delegation des ZK der KPSp/ML und einer Delegation der KP Kolumbiens/ML stattgefunden hat, zu dessen Abschluß eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht wurde. Bei der Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage verurteilen beide Parteien die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen. „Der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus", so wird in der Erklärung betont, „rivalisieren um die Weltvorherrschaft in allen Kontinenten und bedienen sich dabei aller nur verfügbaren Mittel. Mit aggressiver und ausgesprochen räuberischer Gier stürzen sie die Welt in einen 3. Weltkrieg". „Angesichts dieser Lage", wird in der Erklärung ferner unterstrichen, „stellt sich uns die Aufgabe, auf die Bildung einer antiimperialistischen Einheitsfront der Völker hinzuarbeiten, um die Volksmassen zusammenzuschließen, sie zu führen und den Kampf der Völker um Befreiung, nationale und soziale Revolution zum Sieg zu führen." „China und Albanien", heißt es in der Erklärung außerdem, „sind heute Fanale der fortschrittlichen Menschheit und verdienen die vorbehaltlose Unterstützung von Seiten unserer Parteien und Völker." Nachdem in der Erklärung auf den Kampf der beiden Parteien in den jeweiligen Ländern eingegangen wird, ruft die KPSp/ML alle Bruderparteien auf, die KPK/ML und den von ihr geführten bewaffneten Kampf entschieden und wirkungsvoll zu unterstützen. Die Erklärung schließt damit, daß beide Parteien die Notwendigkeit engerer Kontakte zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien Europas und Lateinamerikas betonen.

IRAN

Ein iranischer Freund berichtet uns, daß Anfang Juni in einer Glasfabrik zwischen Teheran und Karaj 1500 von 2400 Arbeitern gestreikt haben, um höhere Löhne zu fordern. Das Schahregime setzte sofort die Gendarmerie gegen die streikenden Kollegen ein, die mit Tränengas den Streik unterdrückte und 150 Arbeiter verhaftete.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Profitgier verursacht Bergschädenkatastrophe

„Die Katastrophe findet kein Ende – das Unheil geht immer weiter. Im Gebiet um Badenstedt, Davenstedt, Empelde, Ronnenberg und Benthe fühlt sich kaum noch jemand sicher. Nachdem verteilt über eine Fläche von 25 Quadratkilometern Häuserwände immer weiter einreißen, Straßen bersten und Äcker versinken, wächst die Angst: ‚Was wird noch alles geschehen?' "; so anschaulich beschreibt eine Hannoversche Lokalzeitung die Lage im Katastrophengebiet des Salzbergwerkes Ronnenberg der „Kali-Chemie".

Über 300 Menschen mußten in dem betroffenen Gebiet evakuiert werden, eine ganze Fabrik stürzte in sich zusammen, die Arbeiter sind jetzt entlassen, viele Häuser gleichen Ruinen oder sind teilweise zerstört, eine Unmenge von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen sind vernichtet worden, insgesamt 1 100 Kollegen wurden arbeitslos, einschließlich derjenigen 400, die schon vor fünf Wochen von der „Kali-Chemie" auf die Straße geworfen wurden, als diese die Grube Ronnenberg wegen eines Laugeneinbruchs geschlossen haben. **Jetzt, fünf Wochen nach der Stillegung, sind Teile des Schachtes eingestürzt und haben die größte Bergschadenkatastrophe seit Ende des 2. Weltkrieges verursacht.**

Ein Naturereignis? Unvorhersehbar und unabwendbar? Die „Kali-Chemie" wird jetzt nach der Katastrophe eine Unmenge von Gutachtern beschäftigen, die gerade das beweisen sollen. Und sicher werden sich einige finden, die gerade hier „besonders komplizierte geologische Bedingungen" usw. entdecken, um die Kapitalisten reinzuwaschen und die Zahlung des Schadens durch sie zu verhindern. Tatsache ist aber, daß die Gefahr durch den Schacht Ronnenberg seit langem bekannt war. Tatsache ist auch, daß die „Kali-Chemie", eine Tochter des internationalen Chemiekonzerns Solvay, noch kaltblütig ihr Geschäft gemacht hat: Sie hat in den letzten 1 1/2 Jahren ihre Häuser zu „Vorzugspreisen" an die Bergarbeiter verkauft. Die „Vorzüge" lernen die Kollegen jetzt kennen. Sie mußten nämlich beim Kauf eine „Verzichtserklärung" unterschreiben, daß sie im Falle von Bergschäden keine Ansprüche an die „Kali-Chemie" stellen würden.

Sechs Kollegen aus Ronnenberg haben auf diese Weise von vornherein alles verloren. **Angesichts dieses betrügerischen Schachers kann niemand ernsthaft glauben, daß die Kapitalisten nicht mit einer Katastrophe gerechnet hätten. Eine solche Katastrophe wie in Ronnenberg, ebenso wie die vielen Bergschäden, die z. B. in den Städten des Ruhrgebiets auftreten, sind immer das Ergebnis der hemmungslosen Jagd der Kapitalisten nach Profit, die die Bodenschätze plündern und möglichst wenig für die Sicherheit der Kumpel unter Tage, wie zur Verhütung von Bergschäden tun.**

Wie immer bei solchen Katastrophen haben auch die Ereignisse in Ronnenberg gezeigt, daß die staatlichen Behörden, die Politiker der bürgerlichen Parteien und die Polizei, die jetzt alle großzügig von Hilfe sprechen, Organe gegen das Volk sind.

Die Polizei z. B. nutzte die Gelegenheit zu einer großangelegten Notstandsübung. Sie kam zu den Menschen nicht als „Helfer in der Not", sondern zeigte auch hier, daß sie dazu da ist, das Volk zu unterdrücken. Die Hannoverschen Lokalzeitungen druckten mehrere Berichte ab, in denen evakuierte Bewohner des betroffenen Gebietes empört über das Vorgehen der Polizei berichten, wie sie förmlich aus den Häusern gejagt worden sind, ohne daß jemand ihnen gesagt hat, was eigentlich los ist. „Wir mußten mitten in der Nacht unsere Wohnungen verlassen und standen auf der Straße. Niemand hat sich um uns gekümmert", erklärten z.B. einige der Bewohner.



Häuserwände reißen ein, Straßen bersten und Äcker versinken.

Andererseits die staatlichen Behörden und die Politiker. Sofort nach der Katastrophe haben sie große Worte gemacht und schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen. Diese Hilfe ist jetzt eingetroffen und sie ist erbärmlich, angesichts des großen Schadens und der herrschenden Not. Die bereitgestellten 1,2 Millionen DM sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und offen schreiben die Hannoverschen Zeitungen, daß nun der „Kampf um die Entschädigung" beginne. **Ausgetragen wird er auf dem Rücken der Werktätigen.** Die meisten werden nichts bekommen – denn, so erklärte ein Beamter zynisch, **„wir werden uns nicht um jeden Bagatellfall kümmern"**; wer aber etwas bekommt, kann nicht sicher sein, daß er das Geld nicht später zurückzahlen muß, wenn die Gerichte der Bourgeoisie feststellen, daß er keinen Anspruch hat, daß es keinen Schuldigen gibt, wenn sich „herausstellt", und es werden viele Gutachter beschäftigt, damit es sich „herausstellt", daß weder die „Kali-Chemie", noch das Land Niedersachsen, noch irgendjemand sonst etwas mit dem Unglück zu tun hat . . . Das ist die Wirklichkeit.

Viele der betroffenen Menschen in Ronnenberg und Umgebung sind empört, sie sind bereit zu kämpfen und haben sich in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Aber sie sind auch ratlos. **Es wird darauf ankommen, ihnen zu zeigen, daß nicht das Jonglieren mit Paragraphen, der Weg des Vertrauens in die Gerichte und den kapitalistischen Staat beschritten werden kann, sondern der des unversöhnlichen Klassenkampfes.**

Immer tiefere Agrarkrise in der Sowjetunion

VR China: die neue Ernte bricht alle Rekorde

Die revisionistische Sowjetunion ist auch dieses Jahr gezwungen, Getreide zusätzlich auf dem Weltmarkt zu kaufen, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Käufe an Weizen, Gerste, Mais usw. werden dieses Jahr ca. 25 Mill. Tonnen erreichen. Im sozialistischen China hingegen bricht die diesjährige Getreideernte trotz großer Trockenheit alle bisherigen Rekorde. Die Produktion wurde gegenüber dem Vorjahr teilweise bis zu 20% erhöht. Entsprechend geringer wird der Bedarf an Weizen sein, der im Austausch mit Reis vom Weltmarkt gekauft wird.

Dieses Beispiel zeigt: Die Wirtschaft der Sowjetunion gerät immer tiefer in den Sumpf der Krise. Wie bei jedem anderen kapitalistischen Land zeigen sich auch hier die Merkmale kapitalistischer Produktionsweise. Die Pläne der Landwirtschaft werden chronisch nicht erfüllt, die Anbaufläche je Einwohner nimmt ab. Waren es vor einigen Jahren 1,0 Hektar pro Einwohner, so sind es heute kaum mehr als 0,9 Hektar. Die Erträge sind jedoch nicht im gleichen Verhältnis gestiegen, sondern bleiben hinter den vorgesehenen Zahlen zurück. Die Hektar-Erträge sinken also.

Ganz anders in der VR China. Sowohl die Getreideproduktion als auch die Hektar-Erträge haben neue Rekordzahlen erreicht. Mehrere Gebiete und Gegenden überboten den Ertrag von 30 Doppelzentnern pro Hektar, mehrere Volkskommunen erreichten sogar 52,5 Doppelzentner pro Hektar. Dieses Ergebnis wurde trotz der schwierigen klimatischen Bedingungen erzielt. Worauf ist das zurückzuführen? Die Menschen in China arbeiten für sich. Es ist ihr Staat, ihre Wirtschaft. So spornen sie sich gegenseitig an, der Natur fruchtbaren Boden abzuringen. Mit revolutionärem Geist bauen sie Bewässerungsanlagen wie den „Rote-Fahne-Kanal", ersinnen neue Anbaumethoden; die technischen Einrichtungen werden ständig verbessert und in größerem Rahmen genutzt. Auf dem Land zu arbeiten ist in China kein Nachteil. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird ständig verringert. Jugendliche gehen mit Freude auf die Dörfer, empfinden es als Auszeichnung, wenn sie die Möglichkeit erhalten, Erfahrungen in der Landarbeit zu machen und von den Bauern zu lernen.

Der umgekehrte Fall ist in der Sowjetunion unter der Herrschaft der neuen Zaren eingetreten. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist wieder tief aufgebrochen. Die Folge davon ist, daß die Bauern massenhaft das Land verlassen. Sie suchen in der Landflucht die Rettung aus der Ausbeutung durch die neuen Gutsherren. In 11 Jahren haben 16 Mill. Menschen die sowjetischen Dörfer verlassen. Die sowjetische Presse gesteht, daß ganze Dörfer entvölkert sind. Besonders die Jugendlichen flüchten in die Städte. In einigen Dörfern beträgt das Durchschnittsalter mehr als 50 Jahre, schreibt „Prawda", die Zeitung der Sozialimperialisten. Das hat natürlich negative Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion. So rechnen westliche Gesellschaften damit, daß die Sowjetunion zukünftig gezwungen sein wird, feste Ankäufe an Getreide in großem Umfang bei ihnen zu tätigen.

Diese Tatsachen versucht die Breschnew-Clique natürlich zu kaschieren und spricht von „dynamischer Entwicklung". Doch die Riesensummen, die sie in die Rüstung steckt und für ihren Luxus beansprucht, werden die Krise der sowjetischen Wirtschaft weiter verschärfen. Die sozialistische Wirtschaft Chinas und Albaniens aber wird weiter neue Erfolge erzielen und die Bedürfnisse des werktätigen Volkes noch besser erfüllen.

VR China startet Satelliten

Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtete in einem Pressekommunique, daß in der glänzenden Situation, die von neuen und fortwährenden Erfolgen in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau des Landes gekennzeichnet ist, am 26. Juli 1975 ein neuer künstlicher Erdtrabant in China gestartet worden ist. Sämtliche Instrumente dieses Erdtrabanten funktionieren normal.

Das ist ein weiterer Sieg des großen chinesischen Volkes, seiner Kommunistischen Partei und der chinesischen Wissenschaft und Technik, die hohe Gipfel erreicht hat. Das Zentralkomitee der KP Chinas, der Staatsrat, der Militärrat beim Zentralkomitee der KP Chinas entbieten den Arbeitern, Kommandeuren und Kämpfern der Volksbefreiungsarmee, dem ingenieurtechnischen Personal und all denjenigen, die sich am Bau und Start des Erdtrabanten beteiligt haben, ihre herzlichsten Glückwünsche und bekunden die Zuversicht, daß diese Genossen unter der Führung der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung weitere Anstrengungen unternehmen und all ihre Kräfte im Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für neue Beiträge zur Entwicklung der Wissenschaft und Technik einsetzen werden.

Zwei Menschen durch Sattelschlepper der US-Besatzer getötet

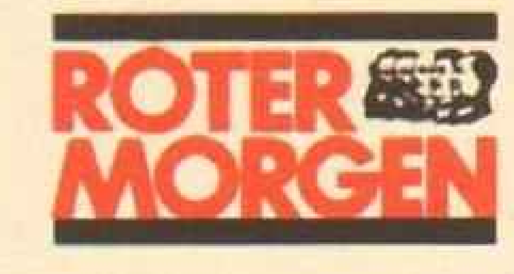
Am 25. Juli verursachte ein LKW der US-Imperialisten in Mannheim einen grauenvollen Verkehrsunfall. Seine Folge waren 2 Tote und 2 Schwerverletzte. Der 15-Tonner durchbrach mit hoher Geschwindigkeit eine Stahlbarriere und raste auf die Gegenfahrbahn. Ein PKW wurde zermalmt, dessen Fahrer schrecklich verstümmelt. Ein Lieferwagen wurde ebenfalls eingequetscht. Auch für diesen Fahrer, einen 21jährigen Metzger, kam die Hilfe zu spät. Sein neben ihm sitzender 18jähriger Kollege wurde schwer verletzt und in kritischem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Zwei Genossen aus Mannheim schreiben uns dazu: „Ein besonders gräßliches Beispiel ‚amerikanischer Truppenpräsenz' in Westdeutschland. Die Empörung hier in Mannheim ist groß. Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht Schlägertrupps aus den Kasernen die Stadt verunsichern. Ständig werden Leute überfallen, niedergeschlagen oder gestochen."

Auch in anderen Gebieten wo die Besatzer stationiert sind, macht die Bevölkerung die gleichen Erfahrungen. Sie sieht das wahre Gesicht unserer „Verbündeten". Deswegen sagen viele Menschen: „Was haben die Amis hier überhaupt zu suchen? Sie sollen dahingehen, wo sie herkommen!" **Das Volk kann auf solche „Beschützer" verzichten!**

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich



A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............ Unterschrift............

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 32/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

DIE MAUER MUSS WEG!

WESTBERLIN:
Veranstaltung: 9. 8. 75, 19 Uhr, „Brauhaussäle", Badensche Str. / Meraner Str.
Demonstration: 13. 8. 75. Abmarsch: 17 Uhr, Kottbusser Tor.

BRAUNSCHWEIG:
Zentrale Veranstaltung des Landesverbandes Niedersachsen zum Roten Antikriegstag. 23. 8., 18 Uhr, „Brabandter Hof" (Olympia), Südstraße 77.

NEUERSCHEINUNG AUS DER VR CHINA

ZUR ALLSEITIGEN DIKTATUR ÜBER DIE BOURGEOISIE

Dschang Tschun-tjiao

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Pf. 111649. PSchKto Hmb 1935 72 – 207. Preis: 0,40 DM.